

7/1993 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen

# Wachstumsimpulse für den Aufschwung

Damit keine weiteren Verzögerungen eintreten und die parlamentarischen Beratungen bald beginnen können, hat der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, baldmöglichst Klarheit über die finanz- und wirtschaftspolitischen Entscheidungen im Rahmen des Solidarpakts gefordert.

Schäuble: Eine weitere langwierige Diskussion ist vor allem für die kritische Konjunkturlage schädlich, da verlässliche Rahmenbedingungen der Finanzpolitik die erste Voraussetzung für den Aufschwung sind.

Und wachstumsfördernde Politik ist, so der Fraktionsvorsitzende auf einer Pressekonferenz in Bonn, dringend erforderlich, da derzeit drei schwierige Faktoren zusammentreffen:

- strukturelle Probleme der Wettbewerbsfähigkeit,
- eine deutliche Konjunkturflaute nach zehn Jahren Wachstum und
- die Erblast- und Aufbau Probleme in den neuen Bundesländern.

Die Koalition habe mit dem Föderalen Konsolidierungsprogramm, dem Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz und dem Standortsicherungsgesetz entscheidende Weichenstellungen vorgelegt.

*(Die sieben Schwerpunktbereiche im Vordergrund der wachstumsfördernden Wirtschafts- und Finanzpolitik der CDU/CSU im einzelnen finden Sie auf den Seiten 3–6.)*

## HEUTE AKTUELL

- **Wohnungsbau**  
 Das Bauen muß billiger werden.  
 Seite 11
- **Innenpolitik**  
 Zur Zukunft des Zivildienstes  
 und des Technischen  
 Hilfswerkes. Seite 14
- **Arbeitsbeschaffung**  
 Norbert Blüm: Es gibt keinen  
 ABM-Stopp. Seite 16
- **Grundgesetz**  
 Jürgen Rüttgers: Die Ver-  
 fassungsdebatte gehört ins  
 Parlament. Seite 20
- **Verkehr**  
 Verkehrssicherheit muß aus-  
 gebaut und verstärkt werden.  
 Seite 24
- **Europa**  
 Umweltpolitik in Europa.  
 Seite 30
- **Dokumentation**  
 Gewaltprävention bei Jugendli-  
 chen. Aus dem Zwischenbericht  
 der Bundesregierung über die  
 „Offensive gegen Gewalt und  
 Fremdenfeindlichkeit“.  
 Grüner Teil

## „Probleme mit der Wirklichkeit“:

### Engholm unter Druck

„Die SPD strickt an einem Drei-Groschen-Roman, um einen skandalösen Vorgang zu verharmlosen“, so kommentieren die Stuttgarter Nachrichten (2. 3. 93) die neueste Affäre in Engholms SPD in Schleswig-Holstein.

Der Sozialminister und Stellvertreter Engholms in Schleswig-Holstein, Jansen (SPD), hat dem Kronzeugen in der Barschel-Affäre, Pfeiffer, nach dem damaligen Untersuchungsverfahren 40.000 DM gezahlt. Erhalten hat Pfeiffer das Geld unter dubiosen Umständen: Auf einem Autobahnparkplatz bei Hamburg überreichte der frühere SPD-Pressesprecher und jetzige Engholm-Vertraute Nilius Pfeiffer das Geld in zwei Raten. Angeblich hatte Jansen Pfeiffer aus eigener Tasche bezahlt und das Geld in kleinen Scheinen in seiner Schreibtischschublade gesammelt.

„Die SPD in Kiel wird dringend viele Fragen beantworten müssen“ (Bild, 2. 3. 93). Jansens Version vom „Winterhilfswerk“ zugunsten des angeblichen Sozialfallbesitzer Pfeiffer hört sich vergleichsweise unglaubwürdig an. Daß hier jemand „gekauft“ wurde, um anzustiften zu üblem Tun — dafür gibt es seit Jansens Offenbarung einen Anhaltspunkt mehr (Rheinische Post, 2. 3. 93).

### Kieler Judaslohn-Affäre

SPD-Fraktionschef Klose mußte eingestehen, daß Engholm durch die Judaslohn-Affäre in eine „schwierige Situation“ geraten sei. (FAZ, 3. 3. 93) „Für Engholm und die SPD brechen in Schleswig-Holstein schwere Zeiten an“ (Handelsblatt, 2. 3. 93).

Jansens „Geldzuwendungen und besonders die Geheimniskrämerei, die er daraus gemacht hat, muten daher so naiv an, daß Mißtrauen die fast zwangsläufige Folge sein wird. Sollte vielleicht doch mit Geld etwas vertuscht und belohnt werden, was bisher noch nicht zur Sprache gekommen ist?“ fragt die Frankfurter Rundschau (2. 3. 93).

Unterdessen deckt Engholm seinen Minister. Er sähe zur Zeit keine Veranlassung für dessen Rücktritt, er habe keine Zweifel an Jansens „ausgeprägter Loyalität“ (FAZ, 2. 3. 93). „Ein widerliches Ding — und Björn Engholm süßt aus tiefstem Herzen . . .“ (Bild, 3. 3. 1993).

### Schweigegehalt

Engholm begibt sich damit selbst in die Schublade. So fragt die Nordwest-Zeitung: „Welche Dummheiten darf ein Ministerpräsident übersehen, ohne daß Zweifel an seiner Amtsfähigkeit aufkommen?“ (2. 3. 93) Schon ist von einem „Schweigegehalt“ für Pfeiffer die Rede, der in diesen Tagen erneut in einem Verfahren aussagen muß (Kölnische Rundschau, 2. 3. 93).

Bereits 1987 mußte Jansen zugeben, die Öffentlichkeit nicht richtig über seine Verbindungen zu Pfeiffer informiert zu haben. Zunächst hatte er jeden Kontakt zu Pfeiffer abgestritten, mußte aber später eingestehen, daß sich Pfeiffer ihm gegenüber schon eine Woche vor der Landtagswahl offenbart habe.

Jansen „wird abtreten müssen — auch wenn es Engholm gestern noch nicht so deutlich sagen mochte“ kommentierten die Kieler Nachrichten die Affäre an der Förde. (2. 3. 93) „Da haben andere Politiker den mündigen Bürger schon auf intelligentere Weise für dumm verkaufen wollen.“ (General-Anzeiger, 2. 3. 93)

# Wolfgang Schäuble: Wachstumsimpulse für den Aufschwung

**Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Wolfgang Schäuble erklärte auf einer Pressekonferenz in Bonn am 26. Februar 1993:**

Wir brauchen rasch Klarheit über die finanz- und wirtschaftspolitischen Entscheidungen im Rahmen des Solidarpakts. Deshalb müssen die Beteiligten der Klausurtagung am 11./12. März zu einer Vereinbarung kommen. Die Koalitionsfraktionen werden am 4. März die Einbringung der Gesetzgebung auf der Grundlage des Föderalen Konsolidierungsprogramms beschließen, damit keine weiteren Verzögerungen eintreten und die parlamentarischen Beratungen bald beginnen können. Eine weitere langwierige Diskussion ist vor allem für die kritische Konjunkturlage schädlich, da verlässliche Rahmenbedingungen der Finanzpolitik die erste Voraussetzung für den Aufschwung sind.

Gegenwärtig steht viel zu sehr die defensive Diskussion um die Verteilung der Belastungen im Rahmen der Finanzpolitik und der Sozialpolitik im Vordergrund. Entscheidend ist jedoch die offensive Perspektive der Wirtschaftspolitik zur Gestaltung verlässlicher staatlicher Rahmenbedingungen und positiver Wachstumsimpulse. Eine wachstumsfördernde Politik ist dringend erforderlich, da derzeit drei schwierige Faktoren zusammenfallen:

- strukturelle Probleme unserer Wettbewerbsfähigkeit
- eine deutliche Konjunkturflaute nach 10 Jahren des Wachstums

- die Erblast- und Aufbau Probleme in den neuen Bundesländern.

Die Koalition hat mit dem Föderalen Konsolidierungsprogramm, dem Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz und dem Standortsicherungsgesetz entscheidende Weichenstellungen vorgelegt. Durch die Tarifpartner und die Bundesbank sind die ersten Signale im Bereich der Arbeitskosten und Zinsen erfolgt.

Die SPD verweigert sich in unverantwortlicher Weise, da sie die notwendigen Einsparungen ablehnt, Unternehmenssteuer senkungen rückgängig machen, unverantwortliche Steuer- und Abgabenerhöhung-

Es ist unverständlich, daß die SPD Unternehmenssteuerentlastungen rückgängig machen und dadurch die steuerlichen Standortprobleme verschärfen will.

gen beschließen, die Verschuldung des Bundes weiter erhöhen und den unzureichenden Sparwillen der westlichen Bundesländer und Kommunen unterstützen will.

Die folgenden 7 Schwerpunktbereiche stehen im Vordergrund unserer wachstumsfördernden Wirtschafts- und Finanzpolitik:

## **1. Haushaltspolitik**

Die Finanzpolitik des Staates muß durch strikten Sparkurs und eine Begrenzung

der Neuverschuldung ihren Beitrag zu Preisstabilität und niedrigen Zinsen leisten. Die SPD ist aufgefordert, der 3-Prozent-Ausgabenlinie für Bund, Länder und Gemeinden zuzustimmen und in ihrem Verantwortungsbereich einzuhalten.

In der Haushaltspolitik können zusätzliche Ausgaben, wie die SPD sie fordert, nicht in Betracht kommen. Es sind Umschichtungen von konsumtiven zu investiven Staatsausgaben erforderlich. Dabei sind auch Eingriffe in Sozialleistungen notwendig und vertretbar. Besondere Bedeutung haben angemessene Einkommensabstände zwischen Arbeitslohn, Lohnersatzleistungen und Sozialhilfe.

Die hohen öffentlichen Investitionen, insbesondere in die Verkehrsinfrastruktur, in Verbindung mit den Investitionen im Bereich der Telekommunikation und verstärkten Anreizen für den Wohnungsbau geben wichtige Wachstumsimpulse.

## 2. Steuerpolitik

In unserer schwierigen Konjunkturlage haben weitere Steuer- und Abgabenerhöhungen 1993 und 1994 besonders negative Wirkungen, da 1993 die Mehrwertsteuer um 1 Prozent erhöht wurde und 1994 die Rentenversicherungsbeiträge steigen und 8 Mrd DM zusätzliche Verkehrsabgaben notwendig sind.

Wir brauchen bessere steuerliche Rahmenbedingungen für die deutschen Unternehmen, besonders soweit sie im internationalen Wettbewerb stehen. Die Senkung der steuerlichen Höchstbelastung für gewerbliche Einkünfte durch das Standortsicherungsgesetz muß auf jeden Fall erfolgen. Es ist unverantwortlich und unverständlich, daß die SPD Unternehmenssteuerentlastungen rückgängig machen will (Stellungnahme zum Solidarpaket) und dadurch die steuerlichen Standortprobleme verschärfen will.

Die Einführung einer Arbeitsmarktabgabe kommt nicht in Betracht. Weitere zusätzliche Belastungen von Selbständigen und Unternehmern behindern die Investitionstätigkeit und den Wirtschaftsaufschwung. Die Beamten erbringen ihren Beitrag zum Sparpaket durch eine Verschiebung der Besoldungsanpassung. Der notwendige Solidaritätszuschlag ab 1995 muß so gering wie möglich ausfallen.

## 3. Sozialversicherungen

Die Begrenzung der Lohn- und Lohnnebenkosten ist eine wichtige Voraussetzung für eine neue Wachstumspolitik. Durch Strukturreformen in den Sozialversicherungen müssen weitere Erhöhungen der Sozialabgaben/Lohnnebenkosten soweit wie möglich vermieden werden. Mit der Gesundheitsreform und den Einsparungen beim Arbeitsförderungsgesetz sind die ersten Schritte erfolgt.

## 4. Öffentliche Dienstleistungen

Bedarf und Nachfrage nach öffentlichen Dienstleistungen wachsen, insbesondere in den Bereichen Verkehr, Gesundheit, Bildung. Der Zuwachs bei den öffentlichen Dienstleistungen kann nicht in erster Linie mit weiteren Steuern und Abgaben finanziert werden. Private und öffentliche Anbieter sollten einen Teil der bisher kollektiv finanzierten Dienstleistungen gegen spezielle Entgelte (Preise und Gebühren) anbieten.

- Die Bahnreform ist Voraussetzung für eine unternehmerische wettbewerbsfähige Eisenbahn.
- Privatrechtliche Autobahngesellschaften mit streckenabhängigen Gebühreneinnahmen stellen die geeignete Struktur für die wachsenden Verkehrsdienstlei-

stungen in Deutschland als Transitland dar.

● Die weiterführende Gesundheitsreform in der nächsten Wahlperiode muß stärker unterscheiden zwischen großen Risiken, die solidarisch durch die Sozialversicherung abgedeckt werden, und kleineren Risiken und Gesundheitsausgaben, die Normalverdiener privat tragen können, die für ihren Freizeitkonsum teilweise hohe Geldbeträge ausgeben. Die Rahmenbedingungen für ein wirtschaftliches Verhalten der Krankenhäuser müssen weiter verbessert werden.

## **5. Aufbau der neuen Länder**

- Die Tariflöhne dürfen nicht so rasch steigen wie ursprünglich geplant.
- Die Klärung der Eigentumsfragen kommt schrittweise voran und muß weiter beschleunigt werden. Die gesetzlichen Voraussetzungen sind im vergangenen Jahr mit dem 2. Vermögensrechtsänderungsgesetz verbessert worden. Dringend ist die Verabschiedung des Entschädigungsgesetzes. Die weitere Verbreiterung der Grundstücksmärkte in den neuen Ländern ist eine wichtige Voraussetzung für zusätzliche Investitionen.
- Das Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz ermöglicht schnellere Verwaltungsverfahren.
- Das Ziel der Sicherung industrieller Kerne in den neuen Bundesländern hat Mißverständnisse ausgelöst. Es geht nicht um eine von Marktbedingungen losgelöste Sicherung gefährdeter Industriebetriebe, sondern um die Gewährleistung von Marktchancen von Unternehmen, die sanierungsfähig sind, die derzeit aber noch nicht privatisiert werden können. Eine staatliche Industrieholding in Ostdeutschland kommt nicht in Betracht. Die Management-KGs sind erfolgver-

sprechende Ansätze, die staatliche und privatwirtschaftliche Elemente bündeln. Bereits in diesem Jahr sollte für diejenigen Unternehmen, die sanierungsfähig sind, aber noch nicht privatisiert werden können, die zweckmäßige gesellschaftsrechtliche Gestaltung erfolgen und eine ausreichende finanzielle Ausstattung bereitgestellt werden, damit sie ihre Marktchancen besser wahrnehmen können als unter dem unmittelbaren Dach der Treuhandanstalt.

● Es ist dringend erforderlich, daß die ostdeutschen Wohnungsgesellschaften und Wohnungsgenossenschaften in stärkerem Umfang kreditfähig werden, insbesondere durch eine Regelung der Alt-schulden, damit die Instandsetzung und Sanierung der Wohnungsbestände vorankommt. Besonders wichtig ist die stärkere Privatisierung von Wohnungen in den neuen Bundesländern.

## **6. Deregulierung, Entbürokratisierung, Flexibilisierung**

- Auf der Grundlage des Berichts der Deregulierungskommission und der Empfehlungen der Koalitionsarbeitsgruppe Deregulierung ist eine Fülle von Deregulierungsmaßnahmen eingeleitet oder bereits umgesetzt worden. Es handelt sich im wesentlichen um die Bereiche Versicherungswesen, Verkehr, Energie, technisches Prüfungs- und Sachverständigenwesen und die rechts- und wirtschaftsberatenden Berufe.
- Das Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz wird in den alten und neuen Bundesländern zur Verfahrensbeschleunigung beitragen.
- Der Entwurf des Arbeitszeitgesetzes wird den gesetzlichen Rahmen zur Flexibilisierung der Arbeitszeiten und Maschinenlaufzeiten erweitern.

● Damit keine zusätzlichen Investitionshemmnisse durch Richterrecht ohne gesetzliche Vorgaben zur Abwägung zwischen ökologischen und ökonomischen Erfordernissen entstehen können, muß die Verankerung des Staatsziels Umweltschutz im Grundgesetz als Auftrag an den Gesetzgeber erfolgen.

## 7. Technologie, Forschung, Energie

● Die Postreform II verbessert die Rahmenbedingungen für das unternehmerische Handeln der Postunternehmen und verbessert deren Wachstumschancen.

Die Telekom investiert von 1991 bis 1998 in den alten und neuen Bundesländern 200 Mrd DM und schafft damit eine moderne Infrastruktur mit Glasfasernetzen usw. Kommunikationsdienstleistungen sind eine entscheidende Voraussetzung für den Standort Deutschland.

● Die privatwirtschaftliche Verwirklichung des Transrapid sollte ein Modell für die Leistungsfähigkeit deutscher Hochtechnologie werden.

● Wettbewerbsfähige Strompreise sind für die deutschen Unternehmen wichtig. Aus Umweltschutz- und Kostengründen ist die weitere Nutzung der Kernenergie unverzichtbar und der Kohleanteil an der Energieversorgung muß schrittweise zurückgeführt werden.

● Die Novellierung des Gentechnikgesetzes verbessert die Rahmenbedingungen für diesen wichtigen Forschungszweig.

● In der Forschungspolitik muß der Dialog zwischen der staatlich geförderten und der privaten Forschung gestärkt werden mit dem Ziel einer rascheren Umsetzung von Forschungsergebnissen in Entwicklung und Produktion (Technologie-transfer).

## Verbilligung von Vor- bzw. Zwischenkrediten in Sachsen-Anhalt

**Das Land Sachsen-Anhalt hat die Einführung eines Sonderprogramms zur Zinsverbilligung von Krediten für selbstgenutzte Neubaumaßnahmen beschlossen.**

Anträge können ab dem 1. März 1993 gestellt werden. Für das Programm stehen insgesamt 25 Millionen DM zur Verfügung.

Gegenstand der Förderung ist die Zinsverbilligung von Vor- bzw. Zwischenkrediten oder Darlehen. Verbilligt werden Darlehen für den Neubau oder den Ersterwerb von selbstgenutz-

tem Wohneigentum.

Der Zinszuschuß beträgt jährlich drei Prozent und wird für die Dauer von maximal vier Jahren gewährt; allerdings muß die Laufzeit des Darlehens über mehr als zwölf Monate gehen.

Der Zuschuß wird bis zu einem Darlehen in Höhe von 80.000 DM gewährt, mindestens muß die Darlehenssumme jedoch 20.000 DM betragen.

Voraussetzung für die Förderung ist, daß der Bauherr bis zum 30. Juni 1994 mit seinem Vorhaben beginnt. Es werden auch Bauvorhaben gefördert, mit denen bereits begonnen worden ist.

# Der Frauenanteil in den technischen Berufen muß gesteigert werden

Nach einem Gespräch mit Expertinnen aus dem naturwissenschaftlich-technischen Bereich erklärte die Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ursula Männle:

In der Bundesrepublik Deutschland sind Frauen in naturwissenschaftlich-technischen Berufen nach wie vor „Ausnahmereischeinungen“.

In dem Gespräch zwischen Vertreterinnen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Expertinnen aus den naturwissenschaftlich-technischen Bereichen wurden vor allem Möglichkeiten erörtert, wie hier der Anteil von Frauen gesteigert werden könne.

Für Politik und Gesellschaft sei es „fünf vor zwölf“ zum Handeln:

- Bewußtseinsänderung müsse in Elternhaus, Kindergarten und Schule beginnen;
- naturwissenschaftlich-technische Begabung von Mädchen müßte speziell gefördert werden, wobei die Bildungspolitik eine entscheidende Rolle spiele: Unterrichtsgestaltung, Lehrerfortbildung usw.;
- Verbesserung des Übergangs von der Ausbildung in den Beruf;

**Frauen drängen auf den Arbeitsmarkt.** Berufstätigkeit hat in den letzten dreißig Jahren in der Lebensplanung von Frauen einen wichtigen Stellenwert eingenommen. Von 1960 bis 1990 hat sich die Erwerbsquote der Frauen von 49 Prozent auf 58,5 Prozent erhöht. Gleichzeitig hat eine Umstrukturierung stattgefunden: Längere Schulbildung bei jüngeren Frauen (unter 20 Jahre) und frühere Verrentung (über 60 Jahre) führten zu einem Rückgang der Erwerbstätigkeit, der durch die Zunahme der Erwerbstätigkeit bei den verheirateten Frauen im Alter zwischen 25 und 55 Jahren ausgeglichen wurde.

- Aufstellung von Frauenförderplänen in Betrieben.

In dem Gespräch wurde deutlich, daß die seit Jahren erhobene Forderung der Gruppe der Frauen nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf insbesondere in diesen männerdominierten Berufen von immenser Bedeutung ist. Die alten Argumente, Frauen seien wegen möglicher Schwangerschaft „zu teuer“ für den Betrieb, spiegeln sich in den Zahlen wider, wonach 60 Prozent der Ingenieurinnen nicht verheiratet sind, 80 Prozent keine Kinder haben. Wenn die überwiegende Mehrzahl der Frauen sich gegen die Familie entscheidet, ist dies ein weiteres Signal für die Notwendigkeit politischer Programme.

Vordringlich sind hierzu:

- flexiblere Gestaltung von Arbeitszeiten, insbesondere auch in technischen Berufen;
- Einrichtung ganztägiger Kinderbetreuungsmöglichkeiten — wie auch in anderen europäischen Staaten.

Vor allem aber müssen die Männer stärker als bisher in Familienpflichten eingebunden werden. Sofern sich für Männer das Vereinbarkeitsproblem stellt, kann es auch für Frauen gelöst werden.

## Umfragen in den neuen Bundesländern

### Tendenz steigend

Zwei Soziologen der Universität Bielefeld, Elmar Lange und Peter Schöber, haben in der Lutherstadt Wittenberg recherchiert und sind dabei zu einem Ergebnis gekommen, das einem weitverbreiteten Klischee widerspricht:

Die meisten Neubürger aus der alten DDR, so ein Ergebnis des 600 Seiten dicken Untersuchungsprotokolls, sind mit ihrer persönlichen Situation durchaus zufrieden. „Die Jammerei“, weiß Soziologe Schöber jetzt, „ist dem Ostdeutschen so wesensfremd wie dem Westdeutschen.“

Über 800 der 55.000 Bürger von Wittenberg haben die Forscher vom Juli 1990 bis zum Juli 1992 mehrfach über Frust und Lust seit der Wende befragt. Bereits im Herbst 1991 war nur noch jeder fünfte Wittenberger der Meinung, daß sich seine persönliche Lage verschlechtert habe. Fast 40 Prozent gaben dagegen an, daß es ihnen heute besser gehe als zu SED-Zeiten.

Gleichzeitig jedoch glaubten zwei Drittel der Befragten, die Situation insgesamt habe sich in der Ex-DDR „eher verschlechtert“.

Die unterschiedliche Wahrnehmung — persönlich geht es mir gut, ansonsten geht es uns im Osten schlecht — führen die Wissenschaftler vor allem auf den Einfluß der Massenmedien zurück. Schöber: „Die pikken sich meist Negativbeispiele raus.“

Die Ergebnisse ihrer Tiefenstudie gelten nach Ansicht der Soziologen nicht nur für das sachsenanhaltinische Wittenberg, sie seien vielmehr durchaus zu verallgemeinern — etwa, was die Vorlieben für eine bestimmte Partei angehe.

Die Ost-Motzkis, fanden die Bielefelder heraus, wählen am liebsten PDS. Für 69

Prozent der Anhänger der SED-Nachfolgepartei ist der Tag der Deutschen Einheit ein Datum, dem sie „mit gemischten Gefühlen“ entgegensehen, 18 Prozent halten ihn gar für einen Trauertag.

Jubel ruft der 3. Oktober dagegen bei den CDU-Anhängern hervor: 60 Prozent der Kohl-Wähler feiern das Einheitsdatum. Quer durch die Parteien urteilten die Wittenberger jedoch übereinstimmend, daß der Einigungsprozeß behutsamer und langsamer vonstatten gehen müsse.

Die Mauer wollten immerhin acht Prozent der Befragten wiederhaben, andererseits erwarten nur noch elf Prozent für die Zukunft eine Verschlechterung der eigenen Situation. Schöber: „Insgesamt erscheint

**Eine Studie über die Lutherstadt Wittenberg belegt: Den Ostdeutschen geht es besser, als sie sich selbst glauben machen.**

die wirtschaftliche Lage im Urteil der Betroffenen positiver, als sie in den Medien dargestellt wird.“

Wittenberg hatten sich Schöber und Lange ausgesucht, weil es „hinreichend weit“ von den verschiedenen Grenzen der ehemaligen DDR und von Berlin entfernt liegt und eine „mittlere, überschaubare Stadt“ ist.

Auch bei der Erforschung der lokalen Wirtschaftsstruktur gewannen die Professoren ein positives Bild. Innerhalb von nur zwei Jahren, so Elmar Lange, sei es Wittenberg gelungen, „die Beschäftigungsverhältnisse zwischen den Wirtschaftssektoren denjenigen im Westen anzugleichen“. Schon heute gebe es so viele Mitarbeiter in Dienstleistungsbetrieben wie in vergleichbaren Städten der Altbundesländer. Die Forscher

## *In Wittichenau ist alles ganz anders*

**W**ittichenau, mitten in der Krisenregion Ostsachsen gelegen, ist ein Phänomen: Die Arbeitslosigkeit beträgt dort knapp drei statt der ringsum üblichen 15,5 Prozent. Nur zehn Bürger sind in AB-Maßnahmen beschäftigt. Die Wittichenauer müssen nicht ewig lang auf ein Telefon warten: Wer eins haben will, hat spätestens am Jahresende einen Anschluß.

*In Wittichenau reden die Kommunalpolitiker nicht über Pläne zum Bau einer modernen Kläranlage: Die ist nämlich schon seit April 1992 in Betrieb. Ein Drittel der Haushalte ist bereits an das neue Kanalnetz angeschlossen.*

*Die Wittichenauer haben nicht wie viele Städte einen Acker vor der Haustür mit einem Schild darauf: „Hier plant die Stadt einen Gewerbepark“: Wittichenau hatte als erste Stadt in Ostsachsen einen 40 Hektar großen Park mit allem, was Investoren wünschen: ordentlichen Straßen, Telefonkabeln, Strom, Gas- und Abwasserkanalisation. Alles da. Sogar Bürgersteige, rot gepflasterte Radwege und vor allem: schon zwei Betriebe mit über 100 Arbeitsplätzen. Sieben Firmen sollen in diesem Jahr dazukommen.*

*Kanzler Kohl hätte seine helle Freude an dem Städtchen, das so gar nicht in die ostsächsische Tristesse passen will. Die meisten Häuser sind renoviert, bunt gestrichen, und ein Großteil der Straßen kommt ohne Schlaglöcher aus. Um den Marktplatz herum, auf dem noch emsig gebuddelt wird, drängen sich kleine Geschäfte und Kneipen. An allen Ecken und Enden guckten Telefonstricken aus der Erde.*

*Als der Kanzler vor drei Jahren von „blühenden Landschaften“ in Ostdeutschland sprach, müssen die Wittichenauer seine Vision als Arbeitsanweisung verstanden haben: In der alten Viehhändlerstadt sind danach Handel und Gewerbe ausgebrochen.*

*Wittichenau war schon immer anders als all die anderen Städtchen — und darin dürfte auch der Grund für seinen Erfolg liegen. „Eine kleine Schicksalsgemeinschaft“, nennt Peter Schowika, der CDU-Bürgermeister, seine kleine Stadt.*

*Bei den ersten Kommunalwahlen nach der Wende kamen CDU und DSU auf 90 Prozent der Stimmen, die PDS trat gar nicht erst an.*

**aus: Frankfurter Rundschau vom 22. 2. 1993**

*sehen ihre These bestätigt, daß in den neuen Ländern der Prozeß einer „nachholenden Modernisierung“ abläuft. Der im Westen oft erhobene Vorwurf, die Ostdeutschen würden über jede Veränderung erst einmal jammern, entbehrt nach den Erkenntnissen von Lange und Schöber jeder Grundlage. So waren beispielsweise 85 Prozent der Befragten „im Prinzip“ bereit, höhere Mieten zu akzeptieren.*

*Den Einwand des Wittenberger Pfarrers, prominenten Bürgerrechtlers und heutigen Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Stadtrat, Friedrich Schorlemmer, solche Umfragen „sagen nur etwas über die Stimmung am Tag der Erhebung aus“, läßt Schöber nicht gelten: „Natürlich ändert sich immer was, aber die Tendenz ist eindeutig.“ Und die „gibt allemal zur Hoffnung Anlaß“.*

**aus: Der Spiegel 8/1993**

# Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen erschwert

**Der Gemeinsame Senat der Obersten Gerichtshöfe des Bundes hat am 30. Juni 1992 die bisher gängige Praxis untersagt, die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen durch Versagung der sogenannten Abgeschlossenheitsbescheinigung zu verhindern.**

In der Begründung des Urteils wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, daß dieser Beschluß nicht bedeute, es gäbe keinen wohnungspolitischen Handlungsbedarf, sondern die bisherigen Instrumente wären rechtswidrig.

**Dietmar Kansy**, wohnungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Angesichts großer Wohnungsversorgungsprobleme insbesondere in Ballungsräumen haben die Koalitionsfraktionen deshalb in das im Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau verabschiedete Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz einen neuen Artikel eingefügt.

In diesem „Gesetz über eine Sozialklausel in Gebieten mit gefährdeter Wohnungsverorgung“ werden die Landesregierungen ermächtigt, durch Rechtsverordnungen Gebiete zu bestimmen, in denen die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Mietwohnungen zu angemessenen Bedingungen in einer Gemeinde oder einem Teil einer Gemeinde besonders gefährdet ist.

In den so bestimmten Gebieten gilt dann ergänzend zu den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches:

„Ist an den vermieteten Räumen nach der Überlassung an den Mieter Wohnungseigentum begründet und veräußert worden, so werden berechnete Interessen des Ver-

mieters im Sinne des § 556a Abs. 1 1. Satz des Bürgerlichen Gesetzbuches nicht berücksichtigt,

**1.** wenn die vertragsmäßige Beendigung des Mietverhältnisses wegen Alter oder Gesundheitszustand des Mieter oder eines bei ihm lebenden Mitgliedes seiner Familie eine nicht zu rechtfertigende Härte bedeuten würde, und

**2.** in den übrigen Fällen bis zum Ablauf von sieben Jahren nach der Veräußerung, es sei denn, der Vermieter weist nach, daß angemessener Ersatzwohnraum zu zumutbaren Bedingungen beschafft werden kann.

Die Behörde, die die Abgeschlossenheitsbescheinigung des Wohnungseigentumsgesetzes erteilt, hat die Mieter auf ihre Rechte hinzuweisen. Dieses Gesetz tritt am 31. 12. 1997 außer Kraft.“

In der Begründung zu diesem Gesetz wird klargestellt, daß es bis zum Ablauf von sieben Jahren nach der Veräußerung auf die berechtigten Interessen des Vermieters nicht ankommt, es sei denn, er kann nachweisen, daß der Mieter angemessenen Ersatzwohnraum zu zumutbaren Bedingungen hätte beschaffen können. Dieser Beweis ist dem Vermieter vor allem dann möglich, wenn er selbst für den Mieter eine angemessene Ersatzwohnung anbietet oder ihm geeignete freierwerdende Wohnungen nachweist.

Obwohl die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auch eine Lösung im Baugesetzbuch für möglich gehalten hätte, wird mit diesem Gesetzentwurf sichergestellt, daß alte und kranke Menschen in Gebieten mit besonderen Wohnungsproblemen grundsätzlich geschützt sind.

# Das Bauen muß billiger werden

Zur Situation im Haus- und Wohnungsbau in Deutschland erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

Bauen in Deutschland ist viel zu teuer. Darin liegt ein wesentliches Hemmnis für den Wohnungsneubau. Preiswerteres Bauen könnte ein wesentlicher Beitrag sein, um gegen den Wohnungsmangel anzugehen.

Preiswertes Bauen muß keine Abstriche an Wohnqualität und Architektur bedeuten. Dies zeigt das Beispiel der Niederlande. Dort ist der Bau von Häusern und Wohnungen bis zu 40 Prozent billiger als in Deutschland.

Dennoch kann niemand behaupten, daß die Häuser dort in sich zusammenfallen oder eintöniger sind.

Vor allem der Verzicht auf überhöhte Standards kann zu deutlichen Kosteneinsparungen führen. Oftmals wird zu aufwendig gebaut. Dazu tragen neben hohen persönlichen Ansprüchen insbesondere überflüssige baubürokratische Vorschriften bei.

## Das Baurecht muß durchforstet werden

Dringender Handlungsbedarf besteht im Baurecht. Das Baurecht muß systematisch nach überflüssigen Regelungen durchforstet werden. Ich fordere daher Bund und Länder auf, ihrer besonderen Verantwortung hierfür gerecht zu werden und hinderliches Regelwerk zu beseitigen. Dabei dürfen die den Bauämtern lieb, dem Bürger aber teuer gewordenen Auflagen in Baugenehmigungen und der

Wust bautechnischer Normen kein Tabu sein. Die staatliche Fürsorge muß den Bauherren nicht bis in die Details der Küchen- oder Toilettenentlüftung verfolgen.

Die Wohnqualität hängt auch nicht von 0,5 Quadratmetern Abstellfläche für den Besenschrank ab, wenn insgesamt genügend Abstellfläche vorhanden ist. Ebenso wenig ist es notwendig, die Maße von Dachspeichern zentimetergenau vorzugeben. Der Staat muß aufhören, sich um jede Kleinigkeit kümmern zu wollen.

## Bauleitplanung darf Wohnungsbau nicht verhindern

Die Bewahrung der Schöpfung ist ein zentrales Anliegen, dem die CDU verpflichtet ist. Die Vorschriften des Umwelt- und Naturschutzes müssen allerdings daraufhin überprüft werden, ob sie nicht teilweise überzogene oder unnötige Regelungen enthalten.

Die Ablehnung von Bauanträgen, weil sich während der langen Genehmigungsdauer ein Schachtelhalm angesiedelt hat, der Schutz von „Spontanvegetation“ sowie die Aufblähung der Bauleitplanung durch endlose Ausgleichsverfahren tragen ihren Teil dazu bei, daß der Wohnungsbau verteuert, wenn nicht gar verhindert wird.

Natur- und Umweltschutz müssen mit der Notwendigkeit, den Wohnungsbau zu fördern, in einen vernünftigen Einklang gebracht werden.

## Aufgespießt

„Das ist nicht Eintracht in Vielfalt, sondern Zwietracht in Einfalt.“

Otto Graf Lambsdorff zum  
Erscheinungsbild der SPD

# Die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme im Wohnbaulandgesetz

**Im Rahmen des „Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetzes“ sind eine Reihe von Erleichterungen und Beschleunigungen im Bau- und städtebaulichen Planungsrecht vorgesehen. Ein Punkt des Gesetzes ist die Übernahme der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme in das Dauerrecht des Baugesetzbuches (§§ 165—171).**

Zur Entwicklungsmaßnahme hat es in den letzten Wochen neben berechtigten Sorgen und Fragen auch eine Fülle von Mißverständnissen gegeben, die teilweise ganz bewußt erzeugt wurden.

## Hierzu einige Informationen:

In der laufenden Gesetzesnovelle geht es nicht darum, neues Planungsrecht — oder gar ein neues Enteignungsinstrument — zu schaffen. Die Entwicklungsmaßnahme ist seit 1971 (im damaligen Städtebauförderungsgesetz) mit Ausnahme der Jahre 1986—1990 geltendes Recht (im Zuge der damaligen „Leerstandsdiskussion“ wurde im Baugesetzbuch kein Bedarf gesehen).

Die Entwicklungsmaßnahme ist auch kein Allheilmittel, mit dem in Zukunft jedes beliebige Gebiet beplant werden könnte. Sie war und ist an besondere städtebauliche Voraussetzungen gebunden, die bei der stets erforderlichen Genehmigung der Satzung durch die Behörden der Länder zu überprüfen sind.

In besonderen Fallgestaltungen ist die Entwicklungsmaßnahme aber eine wichtige Alternative, damit Städte und Gemeinden ihren Beitrag zum Abbau der Wohnungsnot leisten können. Sie kommt zum Einsatz — und nur dann darf die

Gemeinde davon Gebrauch machen —, wenn

- die klassischen Instrumente wie Umlage und Bebauungsplan zu lange dauern,
- Flächen auf andere Weise nicht mobilisiert werden können,
- die Vorräte an Bauland in der Gemeinde ansonsten erschöpft sind,

um zum Wohl der Allgemeinheit schnell und auch in Ballungsräumen noch bezahlbares Bauland bereitzustellen. Mit dieser städtebaulichen Gesamtmaßnahme wird baureifes Land auch tatsächlich bebaut und nicht aus den verschiedensten

**Von Dietmar Kansy, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Raumordnung, Bauwesen und Städtebau der CDU/CSU-Bundestagsfraktion**

Gründen zurückgehalten. Die Gemeinde ist verpflichtet, für die von ihr erworbenen Flächen ohne Verzug einen Bebauungsplan aufzustellen und die Grundstücke nach der Neuordnung — bevorzugt an den ursprünglichen Eigentümer — zu veräußern.

Natürlich haben wir die Sorge der betroffenen Grundeigentümer sehr ernstgenommen. Es muß gewährleistet sein, daß mit der Entwicklungsmaßnahme kein Mißbrauch getrieben wird. Eine Bereicherung der Gemeindekassen muß definitiv ausgeschlossen sein. Unter Abwägung des verfassungsmäßig geschützten Eigentums und der ebenfalls verfassungsmäßig festgelegten Sozialpflichtigkeit des Eigentums

## Junge Union will Interesse wecken



# Politik interessiert mich nicht.



Der Politikverdrossenheit gerade junger Leute will die Junge Union mit dieser peppigen Selbstdarstellungsbroschüre begegnen. Mit dem provokanten Titel „Politik interessiert mich nicht“ empfiehlt sich die JU als ein jugendlich-frischer Verband, der dem Null-Bock-Lamento eine klare Absage erteilt und die Zukunft aktiv anpackt, so JU-Pressesprecher Holger Doetsch. — Die Broschüre ist damit auch für Canvassing-Stände ideal geeignet.

Die Broschüre kostet bei einer Mindestabnahme von zehn Stück 8,90 DM und ist über die JU-Bundesgeschäftsstelle in Bonn, Annaberger Straße 283, zu beziehen.

haben wir folgende Lösung gefunden: Auf der Grundlage der Stellungnahme der Grundbesitzerverbände und des Deutschen Bauernverbandes wurden im federführenden Ausschuß Anträge formuliert, die eine sachgerechte Anwen-

dung der Entwicklungsmaßnahme im Baugesetzbuch festschreiben. Die in einem Gutachten für den Bauernverband von Universitätsprofessor Walter Leisner vorgeschlagenen Änderungen wurden in vollem Umfang übernommen. ■

# Zur Zukunft des Zivilschutzes und des Technischen Hilfswerkes

**Der Bundesausschuß Innenpolitik der CDU Deutschlands unter Vorsitz von Johannes Gerster hat folgende Entschliebung verabschiedet:**

**1.** Der Schutz der Bevölkerung vor Naturkatastrophen, technologischen Risiken und den besonderen Gefahren eines hoffentlich nie eintretenden Verteidigungsfalles bleibt unverzichtbare und wesentliche Staatsaufgabe.

**2.** Sie kann nicht vom Bund allein, sondern nur in unabdingbarer Gemeinsamkeit von Bund, Ländern und Gemeinden und den öffentlichen Hilfsorganisationen — Feuerwehren und THW — sowie den privaten Hilfsorganisationen — ASB, DLRG, DRK, JUH, MHD — mit ihren über 1,5 Millionen Helfern erfüllt werden.

**3.** Die Mitwirkung dieser freiwilligen und ehrenamtlichen Helfer ist ein Zeugnis gelebter Demokratie, um das uns viele Staaten der Welt beneiden und das sie nachahmen.

**4.** Diese Mitwirkung gibt es nicht zum Nulltarif. Der Staat muß auf allen Ebenen verlässliche und zukunftssichere Rahmenbedingungen für das ehrenamtliche Engagement schaffen. Den Helfern kann nicht zugemutet werden, daß sie neben dem Verzicht an Freizeit und individueller Selbstverwirklichung auch noch zusätzliche finanzielle Opfer für die Allgemeinheit bringen.

**5.** Die öffentliche Hand hat weiterhin die erforderlichen Mittel für eine sachgerechte Ausrüstung, Ausbildung und Ausstattung zur Verfügung zu stellen.

**6.** Der Ausschuß begrüßt es, daß der Bundesinnenminister durch die rechnerische Aufteilung Gesamtdeutschlands in 440 Katastrophenschutzgebiete mit 6.334 Einheiten der fachlich vorrangigen Fachdienste mit insgesamt 154.340 Helfern erstmalig seit Gründung der Bundesrepublik die Basis für einen flächendeckenden gleichmäßigen, rational nachvollziehbaren Schutz der Bevölkerung schaffen und dabei dem Aufbau des Bevölkerungsschutzes in den fünf neuen Bundesländern erste Priorität einräumen will.

**7.** Der Ausschuß unterstützt die vom Bundesminister des Innern eingeleiteten Maßnahmen zur Straffung der Organisation des Bevölkerungsschutzes. Er begrüßt die Herauslösung des Technischen Hilfswerks aus dem Bundesamt für Zivilschutz. Er nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis, daß die Organisation des Bundesverbandes für den Selbstschutz gestrafft und der Verband mit Hilfe der mehr als 2.000 ehrenamtlichen Helfer seine Arbeit auf Gesamtdeutschland ausdehnt.

**8.** Der Ausschuß begrüßt den weltweiten Einsatz des Technischen Hilfswerks und seiner rd. 80.000 Helfer im Rahmen der humanitären Hilfe der Bundesregierung und der Flüchtlingshilfe der Vereinten Nationen. Die Entsendung von Experten und Hilfsmannschaften ins Ausland, um in Notlagen Regierungen zu beraten und der Bevölkerung zu helfen, ist ein wichtiger Beitrag zur Völkerverständigung. Insbesondere die Zusammenarbeit mit dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) ist auszubauen. Sie liegt im

besonderen Interesse der deutschen Flüchtlings- und Asylpolitik. Die Verbesserung der Lage der Flüchtlinge vor Ort verhindert das Entstehen von Flüchtlingsströmen nach Europa.

**9.** Der Ausschuß begrüßt es, daß das THW im Inland von Ländern und Gemeinden bei Katastrophen und anderen Notlagen herangezogen wird. Die Verwendungsfähigkeit und -breite der vom THW für den erweiterten Katastrophenschutz gestellten Einheiten, insbesondere im Bergungs- und Instandsetzungsdienst, für friedensmäßige Einsatzmöglichkeiten muß erhalten und ausgebaut werden.

Der Fürsorgegedanke gebietet es, den seit der letzten Personalbemessung im Jahre 1976 erheblich gestiegenen Anforderungen an das hauptamtliche Personal — die Prüfgruppe des BMI hat monatliche Überstunden von 50 bis 100 Stunden in einzelnen Bereichen festgestellt — dadurch Rechnung zu tragen, daß durch Umorganisation beim BVS und beim BZS freiwerdendes Personal im Rahmen einer sozialverträglichen Lösung zum THW umgesetzt wird.

**10.** Die Gliederung des THW in Landesverbände in Anlehnung an die förderativen Strukturen unseres Staates hat sich im Interesse einer bürgernahen Aufgabenwahrnehmung grundsätzlich bewährt. Die Selbstverwaltung der ehrenamtlichen Helferschaft in ca. 700 Ortsverbänden im Gesamtdeutschland ist weiterhin Voraussetzung für Motivierung und Identifizierung der Helferschaft mit dem THW. Im Zuge der Neuorganisation des Zivil- und Katastrophenschutzes ist deshalb von der Auflösung von Ortsverbänden grundsätzlich abzusehen. Hierdurch sind notwendige länderübergreifende Umstrukturierungen und Verlagerungen von Einheiten nicht ausgeschlossen.

**11.** Auch in den neuen Bundesländern bildet das THW einen von diesen Ländern begrüßten wichtigen und unverzichtbaren Bestandteil des dortigen Bevölkerungsschutzes. Der vom BMI bis Ende 1993 geplante Aufbau von insgesamt 80 Ortsverbänden ist im Rahmen des Möglichen fristgemäß durchzuführen. Die für die Errichtung der sächlichen und personellen Infrastrukturen des THW erforderlichen Mittel kommen den Menschen und der Wirtschaft im Beitrittsgebiet zugute und sind deshalb als Beitrag des Bundes zum Aufschwung Ost bereitzustellen.

Der Ausschuß begrüßt die vom THW gezeigte Bereitschaft zur Sparsamkeit u. a. durch vorübergehende Überlassung von Fahrzeugen an örtliche Ortsverbände, durch Übernahme von ehemaliger NVA-Ausstattung und durch die Unterstützung der Aufbauarbeit durch ehrenamtliche Führungskräfte und hauptamtliche Mitarbeiter aus westlichen Landesverbänden. Im Rahmen der Haushaltsaufstellung sind jedoch die Grenzen der Solidarität zu beachten. Diese sind dort erreicht, wo die Infrastruktur des THW im Westen und das ehrenamtliche Engagement seiner Helferschaft beeinträchtigt werden.

**12.** Der Ausschuß fordert die Bundesregierung auf, durch den Abbau der technisch veralteten Zivilschutzsirenen, keine längerfristige Sicherheitslücke entstehen zu lassen, sondern alle Schritte zur Realisierung rundfunkgestützter neuer Warnmittel vorzunehmen.

#### Abkürzungen:

ASB = Arbeiter-Samariter-Bund  
 JUH = Johanniter-Unfall-Hilfe  
 MHD = Malteser-Hilfsdienst  
 BVS = Bundesverband für den Selbstschutz  
 BZS = Bundesamt für Zivilschutz

# Norbert Blüm: Es gibt keinen ABM-Stop

**Zum Thema „Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen“ erklärte am 3. März der Bundesminister für Arbeits- und Sozialordnung, Norbert Blüm, vor dem Deutschen Bundestag:**

Es gibt keinen ABM-Stop, sondern einen vorläufigen Stop der ABM-Bewilligungen. Laufende ABM werden nicht angetastet. Bereits bewilligte Maßnahmen können auch 1993 anlaufen. Alle Zusagen für dieses Jahr werden eingehalten.

Für 1993 stehen im Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit zur Finanzierung allgemeiner Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen insgesamt 9,9 Milliarden Mark zur Verfügung. Keine Mark ist davon gekürzt worden. Keine Mark wird gekürzt!

Der vorläufige Stop der Bewilligungen ist unumgänglich, denn auch die Bundesanstalt für Arbeit muß sich an das Haushaltsrecht halten, daran ändert auch die Selbstverwaltung nichts.

Für die Verteilung des Geldes im Rahmen der Haushaltsansätze ist die Bundesanstalt für Arbeit zuständig. Für den Monat Januar waren nach internen Ansätzen der Bundesanstalt für Arbeit 10.000 neue ABM-Plätze im Osten vorgesehen. Tatsächlich gab es im Januar 34.000 Vermittlungen in ABM im Osten. Das belegt, daß weit mehr Bewilligungen ausgesprochen wurden, als es bei einer gleichmäßigen Verteilung auf das Jahr sinnvoll gewesen wäre.

Über 2 Milliarden Mark sind im Januar und Februar an Mitteln für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen abgeflossen.

Wenn das so weitergegangen wäre, Monat für Monat, hätten wir am Ende des Jahres nicht die im Haushalt vorgese-

henen 9,9 Milliarden Mark, sondern weit über 12 Milliarden Mark für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ausgeben.

Vor diesem Hintergrund hat der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit einen vorläufigen Bewilligungsstop ausgesprochen, um einen Überblick über die eingegangenen Mittelbindungen und den noch verbleibenden Handlungsspielraum zu erhalten. Dies ist korrekt im Rahmen seiner gesetzlichen Verpflichtung zur ordentlichen Haushaltsführung.

Wer mehr Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen will, muß mehr Geld beschaffen, entweder indem er an anderer Stelle spart oder neue Einnahmequellen erschließt.

Jeder muß auch zur Kenntnis nehmen, daß die Anzahl der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nicht ins Unendliche gesteigert werden kann. Denn Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind als Brücke zu normalen Arbeitsplätzen konzipiert. Sie dürfen keine Dauereinrichtung sein, mit der die ganze Wirtschaft überzogen wird und normale Arbeitsplätze verdrängt werden. An die Stelle der DDR-Planwirtschaft darf nicht eine allgemeine ABM-Wirtschaft treten. Neue Arbeitsplätze brauchen wir!

Die Bundesregierung hat auch heute trotz des ABM-Bewilligungsstops keinen Grund, ihr Licht unter den Scheffel zu stellen. Wir haben die aktive Arbeitsmarktpolitik auf ein absolutes Rekordniveau gesteigert. Selbst wenn wir nur die alten Bundesländer betrachten, dann sind wir fast dreimal so gut wie in Zeiten, in denen die SPD Regierungsverantwortung in Bonn trug.

Hier nur einige wenige Zahlen: 1982 hatten wir in den alten Länder 1.880.000 Arbeitslose. 29.189 Menschen waren jah-

# JU-Aktion „Gewalt gegen Ausländer“

## „Laß Dich nicht anstecken!“ jetzt auch im Kino

Die JU-Bundesgeschäftsstelle hat die Anregung eines Kreisverbandes aufgenommen und stellt nun den JU-Orts- und Kreisverbänden eine Kurzfilmrolle (10 sec) zur Verfügung, die in den Werblocken im Kino das Plakat der Jungen Union Deutschlands mit dem Titel „Gewalt gegen Ausländer — Laß Dich nicht anstecken!“ zeigt.

Gegen eine Leihgebühr von 120 DM (100 DM werden nach Rückgabe des Kurzfilms an die JU-Bundesgeschäftsstelle wieder erstattet!) kann der Kurzfilm in der JU-Bundesgeschäftsstelle, Annaberger Straße 283, 5300 Bonn 2, Tel. (02 28) 31 00 11, Fax (02 28) 38 45 20, abgerufen werden. Bitte, der Bestellung einen entsprechenden Verrechnungsscheck bzw. eine Bankeinzugsermächtigung beifügen.



resdurchschnittlich in AB-Maßnahmen beschäftigt. Die Ausgaben für ABM betragen 869 Millionen DM. Das bedeutet im Klartext, daß auf 1.000 Arbeitslose 15 ABM-Plätze kamen. 1992 hatten wir in den alten Ländern 1.800.000 Arbeitslose. 78.128 Menschen waren jahresdurchschnittlich in AB-Maßnahmen beschäftigt. Hierfür haben wir über 2,5 Milliarden DM ausgegeben. Auf 1.000 Arbeitslose kamen 43 AB-Beschäftigte. Die anteilmäßige Zahl der AB-Beschäftigten hat sich folglich ebenso wie die Ausgaben fast verdreifacht. Dies allein für sich genommen, wäre schon eine große Leistung!

In den neuen Ländern kamen 1992 auf

1.170.000 Arbeitslose jahresdurchschnittlich 388.000 ABM-Beschäftigte, das bedeutet 331 AB-Plätze auf 1.000 Arbeitslose.

1982 wurden 18 Prozent der Mittel der Bundesanstalt für Arbeit für aktive Arbeitsmarktpolitik ausgegeben, heute sind es rund 50 Prozent der Ausgaben.

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bleiben auch in Zukunft ein wichtiger Bestandteil unserer aktiven Arbeitsmarktpolitik. Es ist nach wie vor besser, Geld für Arbeit als für die Finanzierung der Arbeitslosigkeit auszugeben.

**(Der volle Wortlaut der Erklärung des Bundesarbeitsministers wird im nächsten UiD abgedruckt.)**

## Reality-TV verbieten!

**Auf der Jagd nach immer höheren Einschaltquoten haben SAT 1 und RTL plus mit Sendungen wie „Notruf“, „Augenzeugen-Video“ und „Auf Leben und Tod“ den Bogen überspannt.**

Wenn sich Gaffer sekundenlang an dem blutverschmierten Gesicht eines Unfallopfers weiden können, wenn sie sich zur besten Sendezeit, möglicherweise noch beim Abendessen, vom verzweifelten Brückensprung eines Selbstmörders unterhalten lassen können, dann sind die Grenzen nicht nur des ethisch Tolerierbaren, sondern auch des rechtlich Zulässigen längst überschritten.

Reality-TV verstößt gegen die Menschenwürde! Wenn Peep-Shows nach der Rechtsprechung gegen die Menschenwürde verstoßen, um wieviel mehr muß dies für solche Sendungen gelten, in denen der Mensch mit seinem Leid zum bloßen Objekt der Gierde von Gaffern

herabgewürdigt wird? Die Schutzpflicht des Staates gebietet es, diesem Spuk ein Ende zu machen!

**Joseph-Theodor Blank**, medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Ich habe kein Verständnis dafür, daß die aufsichtsführenden Landesmedienanstalten der Ausstrahlung solcher Sendungen, die von Paragraph 3 Absatz 1 Nr. 1 des geltenden Rundfunkstaatsvertrages verboten sind, tatenlos zusehen, obwohl sie über das erforderliche Eingriffsinstrumentarium verfügen. Gleiches gilt im übrigen für die Staatsanwaltschaften, da in den gravierendsten Fällen des Reality-TV auch der Straftatbestand des Paragraphen 131 StGB erfüllt ist.

Wenn private Sender sprichwörtlich über Leichen gehen, um ihre Gewinne zu maximieren, darf der Staat nicht tatenlos zusehen, will er nicht selbst seinen Ordnungsanspruch aufgeben. Die Verantwortlichen müssen endlich in ihre Schranken gewiesen werden. Es reicht!

## Aus der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Veranstaltung Nr. 82

**Politik und Presse — Jugendpresse-Treff zu Arbeitsmöglichkeiten, Entwicklungen und Perspektiven in der (Jugend-)Presselandschaft.**

Jugendpresse-Forum

17. 4. bis 18. 4. 1993

Schwerpunkte des Forums:

- Jugendpressekonferenz mit Pressesprecherinnen von Bundesministerien
- Traumberuf Auslandskorrespondent?

- Große Infobörse für junge Zeitungsmacher mit aktuellen politischen und Medienthemen

- Besprechung der mitgebrachten Schüler- und Jugendzeitungen der Teilnehmer mit Profis.

Die Veranstaltung findet im Bildungszentrum Schloß Eichholz in Wesseling bei Bonn statt.

Weitere Informationen/Anmeldungen:

**Konrad-Adenauer-Stiftung,  
Schloß Eichholz, Postfach 1331,  
W-5047 Wesseling.**

# Wirtschaftswachstum stärken

**Zum Jahreswirtschaftsbericht 1993 erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rainer Haungs:**

Die Bundesrepublik Deutschland steht heute vor den größten wirtschaftspolitischen Herausforderungen der Nachkriegszeit. An erster Stelle steht die Vollendung der inneren Einheit Deutschlands und die Beschleunigung des Aufbauprozesses in den neuen Bundesländern. Gleichzeitig gilt es, die Voraussetzungen für eine konjunkturelle Wiederbelebung in den alten Bundesländern zu schaffen.

## Zentrale Herausforderung

Nach zehn Jahren ungebrochenen Wirtschaftsaufschwungs befindet sich die westdeutsche Wirtschaft in einer kritischen Phase. Darüber hinaus muß der Standort Deutschland auch mit Blick auf den zunehmenden internationalen Wettbewerb weiter gestärkt werden. Die Stärkung des Standorts Deutschland ist damit die zentrale Herausforderung der kommenden Jahre.

Die Antwort auf diese Herausforderung kann nur in einer wirtschaftspolitischen Gesamtstrategie bestehen, deren Hauptziel darin besteht, alle Wachstumskräfte zu mobilisieren. Der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung ist das „Kursbuch“ für die erforderliche Wachstumsinitiative, mit der den sich abzeichnenden strukturellen und konjunkturellen Risiken ein investitionsfreundliches Klima entgegengesetzt wird.

Die zentralen „Eckwerte“ der dynamischen Wirtschaftspolitik lauten: Abbau von Investitionshemmnissen durch Deregulierung und Entbürokratisierung, Rückführung des staatlichen Sektors durch eine offensive Privatisierungspolitik, Verbesserung der steuerlichen Rah-

menbedingungen für Unternehmensinvestitionen sowie Konsolidierung der öffentlichen Finanzen.

Die SPD hat der Wachstumsinitiative der Bundesregierung nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen. Die polemischen Attacken des wirtschaftspolitischen Sprechers der SPD gegen den Jahreswirtschaftsbericht sollen nur von der eigenen Konzeptionslosigkeit ablenken. Bezeichnend hierfür ist, daß die SPD kein Wort zum bedeutendsten Investitionshindernis, der Lohn- und Tarifpolitik, verliert.

Die Bundesrepublik kann es sich nicht mehr leisten, überzogene Lohn- und Tarifforderungen mit steigender Arbeitslosigkeit und sinkendem Wirtschaftswachstum zu bezahlen. Es ist daher von herausragender gesamtwirtschaftlicher Bedeutung, daß die Tarifparteien im Rahmen des „Solidarpakts“ den Weg für eine flexible und am Produktivitätsfortschritt orientierte Tarifpolitik frei machen.

## Aufschwung Ost

Der Aufschwung Ost ist allen Negativmeldungen zum Trotz schon im abgelaufenen Jahr in Gang gekommen, so der Vorsitzende des Verbandes der deutschen Hypothekenbanken, Detlev Rode, in seinem Bericht über die Aktivitäten der 25 dem Verband angeschlossenen Institute in Ostdeutschland.

Den Beweis dafür liefere die Entwicklung sowohl des Bauauftragsvolumens als auch des Darlehensgeschäftes. So habe sich Ende 1992 der Bestand der deutschen Hypothekenbanken an Hypotheken- und Kommunaldarlehen gegenüber 1991 von 7 auf 30 Milliarden DM mehr als vervierfacht.

# Die Verfassungsdebatte gehört ins Parlament

**Die Arbeit der gemeinsamen Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat hat bisher politisch und parlamentarisch eher auf einer Nebenbühne stattgefunden. Die Beratungen sind öffentlich aber weitgehend unbeachtet. Das große Engagement und der persönliche Einsatz der Kommissionsmitglieder stehen in einem umgekehrten Verhältnis zur Aufmerksamkeit der Medien und der breiten Öffentlichkeit.**

In den politischen Strategien der Parteien spielt die Verfassungsdebatte eine untergeordnete Rolle. Wichtige Änderungen der Verfassung entwickeln sich außerhalb der Verfassungskommission: Asylrecht und Bundeswehresätze.

In diesem Windschatten hat die Arbeit der Kommission eine bemerkenswerte Eigendynamik entwickelt, die weit über den Auftrag des Einigungsvertrages und die sachlich unverzichtbaren Verfassungsänderungen hinausreicht. Beschlossen hat die Kommission neben den Änderungen für die Europäische Union, die vom Bundestag und Bundesrat bereits verabschiedet worden sind, auch neue Regelungen im Bereich der Gesetzgebungskompetenzen und -verfahren zu Lasten des Bundes. Auf der Agenda stehen in den kommenden Wochen z. B. ein Selbstauflösungsrecht des Bundestages, die Verankerung von Minderheitenrechten, die Gleichstellung von nichtehelichen Lebensgemeinschaften, die Förderung von familiären Pflege- und Erziehungszeiten als Bestandteil von Art. 6, ein

allgemeines kommunales Ausländerwahlrecht über den EG-Rahmen hinaus, die Frage der Volksabstimmung über ein verändertes Grundgesetz.

Es wird jetzt höchste Zeit, daß die Parteien in Deutschland sich gründlicher auf die noch ausstehenden Entscheidungen vorbereiten. Es würde sich bitter rächen, wenn die Parteien die Probleme von Verfassungsänderungen im stillen Kämmerlein oder in kleinen Zirkeln behandeln wollten. Die Beschlüsse der Verfassungskommission haben nicht unmittelbar Gesetzeskraft.

Der Bericht, der nach Abschluß der Arbeit bis zum 31. März 1993 vorgelegt werden soll, dient den Fraktionen des

## Positionspapier von Jürgen Rüttgers, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Bundestages und dem Bundesrat als Materialsammlung für Gesetzesinitiativen. Die Verfassungsdebatte muß jetzt baldmöglichst dorthin verlagert werden, wo sie hingehört: in das Parlament, in die politische und öffentliche Debatte. Das entspricht einem angemessenen Umgang mit der Verfassung als zentraler Institution unseres gesellschaftlichen Lebens.

Die Strategie der SPD in der Verfassungskommission führt ein merkwürdig ammu-

tendes Eigenleben neben den Gedanken-  
spielen der Partei- und Fraktionsführung.  
Die SPD hat Anträge für einen ganzen  
Katalog von Staatszielen vorgelegt: Recht  
auf Arbeit; Recht auf angemessenen  
Wohnraum; Recht auf Bildung/Kultur.  
Das ist alles wohlklingend und jede  
demokratische Partei in Deutschland  
würde ohne Zögern diese Ziele als wich-  
tige Elemente ihrer Programmatik  
betrachten.

### **Kein Platz in der Verfassung für nicht einlösbare Versprechungen**

Anders ist es mit ihrer Aufnahme in die  
Verfassung. Es handelt sich um Verspre-  
chungen, die nicht ohne weiteres vom  
Staat einlösbar sind. Das Vertrauen in die  
Verfassung würde aber geschädigt, wenn  
als individuelle Ansprüche an den Staat  
formulierte Ziele sich als das herausstel-  
len, was sie wirklich sind: Ergebnis  
gemeinsamer Anstrengungen von Staat  
und Gesellschaft, von Politik und Bürger.  
Für das Angebot an Arbeitsplätzen tragen  
die Tarifparteien Mitverantwortung. Die  
Risikofreude von Unternehmern, der  
Erfindungsreichtum von Wissenschaft-  
lern und Ingenieuren, die Lernbereit-  
schaft von Arbeitnehmern sind mitent-  
scheidend.

Ein Recht auf Arbeit würde Verdruß  
schüren, wenn Staat und Verfassung  
zwangsläufig für Ziele in Haftung genom-  
men würden, deren Gestaltung nicht  
allein ihre Sache ist. Ein Recht auf Arbeit  
wäre ein erster Schritt zur Entmündigung,  
weil der Staat schon aus Gründen der  
eigenen Akzeptanz versuchen würde, sei-  
nen Einfluß und seine Gestaltungschan-  
cen auf Kosten von Tarifpartnern, von  
Unternehmern und Arbeitnehmern aus-  
zudehnen.

Es wäre nicht das erste Mal, daß falsch  
verstandene Gewährleistungsansprüche  
an den Staat, die von der Politik selbst  
geweckt wurden, unsere Gesellschaft in  
die Irre führten. Ein Beispiel dafür ist die  
Bildungsexpansion der 70er Jahre. Die  
Crux dieser Politik war im Kern nicht die  
Ausdehnung des Bildungsangebots. Hier  
gab es Nachholbedarf. Verhängnisvoll  
wirkte sich die dahinterstehende Ideolo-  
gie aus: Bildung = Hochschule = Ein-  
kommens- und Prestigeanspruch.

Der Staat wurde und wird dafür verant-  
wortlich gemacht, daß diese Gleichung  
im Einzelfall aufgeht. Dieses Beispiel  
zeigt zweierlei: Zum einen, daß es zur  
Erzeugung mißratener Anspruchshaltung  
an den Staat keiner Verankerung in der  
Verfassung bedarf. Zum anderen, daß die  
Verankerung solcher Verfassungsrechte  
und die daraus notwendig resultierende  
Rechtsprechung Korrekturen noch  
schwerer machen würde.

Der Versuch, konfliktreiche Ziele, die im  
Zusammenwirken von Staat und Gesell-  
schaft ihre Realisierung finden, verfas-  
sungsrechtlich zu kodifizieren, würde die  
Handlungsfähigkeit der Politik und des  
Bürgers weiter einschnüren. Wir würden  
uns selbst ein Nagelbett zimmern, in dem  
jede Bewegung zum schmerzhaften Pro-  
zeß wird. Neue Prioritäten und Instru-  
mente hätten kaum eine Chance.

Die Handlungsfähigkeit der Politik und  
letztlich damit auch der Einfluß der Bür-  
ger über die Auswahl zwischen verschie-  
denen politischen Handlungskonzepten  
würde über Gebühr eingeschränkt.

Die Anträge der SPD in der Verfassungs-  
kommission für die Aufnahme einer  
Reihe von Staatszielen sind ein Symptom  
für die Schizophrenie der Debatte. Wäh-  
rend Björn Engholm zwar unverbindlich,  
aber doch vernehmlich über einen Abbau  
von Staatsaufgaben, über eine Entrümpe-  
lung des Apparates, eine Entlastung der

Etats und eine Entbürokratisierung der Verfahren nachsinn, geht die SPD in der Verfassungskommission unbeirrt den traditionellen sozialdemokratischen Weg der Staatsgesellschaft. Solche Divergenzen sind ein Ingredienz von Politikverdruß.

## Kernpunkt des Streites um Staatszielbestimmungen

Die Haltung der Union ist eindeutig: Eine Verfassung läßt sich nicht nach dem Baukastenprinzip umkonstruieren. Mit jeder Revision im einzelnen droht eine Verschiebung der austarierten und bewährten Achse des Grundgesetzes. Deshalb muß jede Änderung nicht nur systematisch plausibel und klug, sondern vor allem unabweisbar und zwingend sein. Über den Hintergrund dieser Grundhaltung haben wir zu wenig gesprochen. Dabei liegen die Gründe für die Zurückhaltung der Union bei Verfassungsänderungen auf der Hand. Im wesentlichen sind es zwei Gesichtspunkte:

● Die Politik muß sorgsam mit dem Bestand an Institutionen umgehen. Institutionen, wie die Verfassung, sind Garanten der Freiheit. Sie sind kein Zufallsergebnis der Geschichte. Als geschriebene Gesetze und als Regeln in den Köpfen, entlasten sie den Menschen und erleichtern das soziale Verhalten durch ihre Vorgaben. Selbstverständlich unterliegen auch Institutionen dem Wandel. Als „versteinerte Verhältnisse“ können sie ihre Funktion nicht erfüllen, nicht einmal überleben. Auch eine Verfassung bedarf immer wieder der Änderungen, Ergänzungen oder Klarstellungen. Aber das Grundgesetz genießt mitsamt seinen Wächtern, den Bundesverfassungsrichtern, immer noch Spitzenwerte im Anse-

hen der Bürger. Als Ausdruck eines Konsenses über grundlegende Werte und Spielregeln der Demokratie ist unsere Verfassung im Bewußtsein der Bürger fest verankert. Wer versucht, politisch Umstrittenes zunehmend über eine Kodifizierung in der Verfassung oder den Richterspruch aus Karlsruhe zu lösen, muß sich bewußt sein, daß dies stets eine Überfrachtung und schließlich eine Gefährdung dieses Konsenses bedeutet.

● Wir wollen die Bürgergesellschaft stärken. Dies bedeutet auch, Flexibilität zu erhalten, die Handlungsfähigkeit der Politik nicht über die Maßen zugunsten des richterlichen Spruchs zu belasten und den Handlungsraum des Bürgers nicht nur in seiner privaten, sondern auch in seiner öffentlichen Existenz zu erhalten. Diese Grundsätze waren auch entscheidend dafür, daß die Union der Aufnahme des Umweltschutzes in das Grundgesetz ohne klaren Gesetzesvorbehalt nicht zugestimmt hat. Nur geredet über diese Einordnung einer Einzelentscheidung in den Gesamtzusammenhang unserer Politik haben wir zuwenig. Wir haben zuwenig klargemacht, daß nicht die Gerichte, sondern die Volksvertretung über Inhalt und Instrumente des Umweltschutzes entscheiden sollen, daß nicht die Verschiebung nach Karlsruhe, sondern die Formulierung konkreter Umweltpolitik im Staat, Parteien und Bürgergesellschaft die Richtschnur ist. Der Umweltschutz ist eine qualitativ neue, zentrale Aufgabe, der Staat, Politik und Gesellschaft verpflichtet sind. Deshalb haben wir trotz der Skepsis gegenüber Staatszielen in der Verfassung bereits in der vergangenen Legislaturperiode im Bundestag ein Staatsziel Umweltschutz beantragt. Dies ist an der SPD gescheitert.

Wir halten an unserer Zielsetzung fest. Aber wir können keiner Regelung zustimmen, die den Staat dessen beraubt, was er

in der Umweltpolitik am dringendsten braucht: die Fähigkeit, immer wieder neue Prioritäten zu setzen, neue Instrumente zu entwickeln. Wer soll bei Konflikten zwischen Ökonomie und Ökologie, zwischen Arbeit und Umwelt, die mit oder ohne Verfassungsnorm im Einzelfall unvermeidlich sein können, entscheiden: das Parlament oder das Bundesverfassungsgericht? Das ist die entscheidende Frage, um die es im Kern beim Streit um die Staatszielbestimmungen im Grundgesetz geht.

## Langfristige Folgen einer Grundgesetzänderung

In den kommenden Debatten um weitere Beschlüsse der Verfassungskommission müssen die Union und die anderen Parteien die entscheidenden Fragen in den Blick nehmen: Reicht ein sprachlich klarer und sachlich eindeutiger Satz wie „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ (Art. 3 GG) als Handlungsorientierung für eine entschiedene Gleichberechtigungspolitik aus oder brauchen wir wirklich immer längere und detailliertere Verfassungsartikel, die unsere Probleme in der Sache oft nur verlagern?

Ist der besondere Schutz von Ehe und Familie (Art. 6 GG) wirklich unzeitgemäß oder deutet die hohe Wertschätzung dieser Institution gerade im Zeitalter des „anything goes“ nicht vielmehr an, daß diese Formen des Zusammenlebens nicht allein verbindlich, aber besonders gemeinschaftsbildend sind?

Würde ein Selbstauflösungsrecht des Bundestages eine verfassungsrechtliche Grauzone verlässlich regeln oder nicht vielmehr den heilsamen Druck zu Mehrheitsfindung und Kompromiß deutlich schwächen?

Würde eine Volksabstimmung über ein geändertes Grundgesetz nicht wegen ein-

zelner Bestimmungen oder unterbliebener Ergänzungen Menschen in eine Abwehrstellung gegen diesen Grundkodex unserer Gesellschaft bringen, die von niemandem gewollt ist?

Schließlich würden — so steht zu befürchten — die erfolgten oder unterlassenen Änderungen im Vordergrund eines solchen Votums stehen und nicht die ohnehin unumstrittene Bejahung unserer freiheitlichen Ordnung.

Dies sind wichtige Fragen, denen die Parteien mehr Beachtung schenken müssen. Außerdem werden wir über die Arbeit der Verfassungskommission hinaus die langfristigen Folgen der Grundgesetzänderungen zu bedenken haben. Es liegt auf der Hand, daß die absehbaren Verfassungsänderungen den Zwang zur politischen Zusammenarbeit zwischen Bundestag und Bundesrat sowie im Bundestag über Fraktions- und Koalitionsgrenzen hinweg verstärken werden. Das betrifft insbesondere den Asylartikel 16, den Artikel 23 über die Europäische Union und einen möglichen Artikel 24 über den Einsatzbereich der Bundeswehr.

Dieser Zug zur „Konkordanzdemokratie“ ist in mancherlei Hinsicht unvermeidlich. Aber er darf nicht dazu führen, daß der Konkurrenzaspekt als innovative Kraft im politischen System und als Brücke für Alternativen, Themen und Meinungen zwischen Parteien, Parlamenten und Bürgern ins Hintertreffen gerät. Traditionelle und ausgeprägte Konkordanzdemokratien, wie beispielsweise die Schweiz, haben Korrektive entwickelt. Dort sind es die plebiszitären Elemente, die wir mit guten Gründen als für uns untaugliche Mittel verworfen haben. Die Ablehnung der plebiszitären Elemente ändert nichts daran, daß die Suche nach einer Stärkung der Konkurrenz und der Alternative fortgesetzt werden muß. ■

# Verkehrssicherheit muß ausgebaut und verstärkt werden

Im vereinten Deutschland haben sich 1991 über 2,3 Millionen Verkehrsunfälle, davon ca. 384.000 mit Personenschaden, ereignet. Auch 1992 stieg die Zahl der Unfälle weiter an. Erfreulich ist dabei allerdings, daß die Zahl der Verkehrstoten trotz steigender Unfallzahlen rückläufig ist.

Im Osten wie im Westen sind nach wie vor die häufigsten Unfallursachen nicht-angepaßte Geschwindigkeit, Vorfahrtsfehler und Alkoholmißbrauch. In den neuen Bundesländern ergeben die Berechnungen eine extreme Zunahme der Unfälle auf Autobahnen um 62 Prozent. Auch die im Osten Deutschlands noch mangelhafte und nicht ausgebaute Straßeninfrastruktur trägt zu einer hohen

## Beschluß des Bundesfach- ausschusses Verkehrspolitik zur Sicherheit im Straßenverkehr

Zahl von Unfällen bei. An 70 Prozent aller Unfälle mit Personenschaden sind PKW-Fahrer beteiligt. Vor allem jugendliche Autofahrer sind dabei überdurchschnittlich häufig vertreten. Jugendliche PKW-Fahrer werden auch am häufigsten als Hauptunfallverursacher eingestuft. Mit zunehmendem Lebensalter sinkt dann der Anteil als Hauptverursacher. Bei Radfahrern und Fußgängern sind Kinder, Jugendliche sowie ältere Men-

schen die am meisten unfallgefährdeten Gruppen.

All dies verdeutlicht, daß die politischen und administrativen Maßnahmen im Bereich der Verkehrssicherheit trotz einiger Erfolge ausgebaut und verstärkt werden müssen.

### 1. Verkehrserziehung und aufklärende Maßnahmen

Der Verkehrssicherheit muß ein gleich hoher gesellschaftlicher Stellenwert verschafft werden, wie ihn die Diskussion z. B. der Umweltfragen oder auch AIDS inzwischen erreicht hat.

Jeder einzelne Verkehrsteilnehmer muß wissen, daß er als Kraftfahrer, Radfahrer oder Fußgänger die Sicherheit des Straßenverkehrs selbst mitbestimmt. Sein eigenes Verhalten ist es, durch das er sich selbst oder andere gefährdet.

Die Verkehrserziehungs- und -aufklärungsarbeit ist nicht nur eine dauerhafte zu betreibende Aufgabe des Staates und spezieller Institutionen, sondern aller gesellschaftlichen Kräfte. Die CDU fordert insbesondere die Medien auf, die Bemühungen um eine größere Verkehrssicherheitsaufklärung zu unterstützen.

Verkehrserziehungs- und -aufklärungsmaßnahmen sind vor allem erforderlich in den Bereichen

- nichtangepaßte Geschwindigkeit,
- Alkohol-, Drogen- und Medikamentenmißbrauch,
- Kindersicherheit,
- Radfahrer,

- Einwirken auf die besonders unfallträchtige Altersgruppe der 18- bis 25jährigen Verkehrsteilnehmer.

## 2. Leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur

Der bedarfsgerechte Ausbau der Verkehrsinfrastruktur trägt wesentlich zur Hebung der Verkehrssicherheit bei.

Durch Bereitstellung ausreichender Kapazitäten werden

- der Verkehrsfluß verbessert,
- Überlastungen abgebaut,
- Unfallschwerpunkte beseitigt und
- Ortsdurchfahrten durch Umgehungen entlastet.

Verkehrswege, die nach modernen, aufgrund von Sicherheitsgesichtspunkten erarbeiteten Richtlinien entworfen wurden, setzen Unfallgefahren herab.

Attraktive Hochleistungsstraßen, die Verkehr von Landstraßen und insbesondere von innerörtlichen Straßen abziehen, erhöhen daher deutlich die Sicherheit.

Der Bau von Ortsumgehungen, die Beseitigung von höhengleichen Bahnübergängen und der Bau von Radwegen an Bundesstraßen sind aus dem Gesichtspunkt der Verkehrssicherheit von besonderer Wichtigkeit.

Darüber hinaus ist die Erhöhung der Attraktivität sowohl des Güterverkehrs auf Schiene und Wasserweg wie auch des öffentlichen Personenverkehrs von erheblicher positiver Wirkung auf die Gesamtverkehrssicherheit.

## 3. Verkehrsmanagement

Das Bundesfernstraßennetz ist trotz zunehmendem Straßenverkehr nur noch begrenzt ausbaubar. Dadurch ergeben sich Verkehrssicherheitsverluste, Störungen des Verkehrsflusses und damit Zeitverluste und erhöhter Energieverbrauch

und schließlich verstärkte Umweltbelastungen durch Lärm und Abgase.

Die CDU fordert daher einen verstärkten Aufbau von Verkehrsbeeinflussungsanlagen auf Bundesfernstraßen flankierend zum weiterhin erforderlichen Straßenbau.

Verkehrsbeeinflussungsanlagen steuern den Verkehrsablauf in hochbelasteten Streckenabschnitten durch Zeichengeber mit wechselbaren Verkehrszeichen und Dauerlichtzeichen, die verkehrs- und witterungsabhängig Anordnungen und Warnungen abgeben, den Verkehrsfluß harmonisieren oder Umleitungen anzeigen.

Die verstärkte Einführung moderner Verkehrsbeeinflussungsanlagen u. a. auf Autobahnen ist erheblich sinnvoller als ein starrs, weil inflexibles, generelles Tempolimit, das bei dichtem Verkehr am Tag zu hoch sein kann und z. B. in verkehrarmen Nachtstunden nicht notwendig und daher auch nicht akzeptabel ist.

Nicht die hohen, über der Richtgeschwindigkeit liegenden Geschwindigkeiten sind Ausgangspunkt für die meisten Unfälle, sondern vielmehr die im Einzelfall nicht situationsangepasste Geschwindigkeit. Verkehrsbeeinflussungsanlagen können auf Autobahnen die Zahl der Unfälle sowie der Unfallverletzten und -toten maßgeblich senken und festgestellte Unfallschwerpunkte gezielt beseitigen, gleichzeitig den Verkehr flüssiger machen und damit Staus und Umweltbelastungen senken.

Diese situationsbezogene Verkehrslenkung wird erfahrungsgemäß von den Verkehrsteilnehmern akzeptiert und trägt damit ebenfalls — aufgrund des hohen Befolungsgrades der Anordnungen — zur Sicherheit im Straßenverkehr bei. Aufgrund der bisherigen Erfahrungen mit bereits installierten Verkehrsbeeinflussungsanlagen kann von Unfallrückgängen zwischen 20 und 30 Prozent ausgegangen werden.

Als Übergangsregelung bis zur Einrichtung der notwendigen Verkehrsbeeinflussungsanlagen ist es aber zweckmäßig, daß für besonders unfallträchtige Strecken von den Bundesländern bis dahin zeitlich befristete Geschwindigkeitsbeschränkungen angeordnet werden. Dies trägt, wo zeitlich befristet und wiederkehrend ein hohes und unfallträchtiges Verkehrsaufkommen zu erwarten ist, eher den Verkehrsgegebenheiten Rechnung als ein immerwährendes, generelles Tempolimit. Einer situationsbezogenen Regelung, und sei sie noch so gering, ist immer Vorrang einzuräumen; je situationsangepaßter eine verkehrsregelnde Anordnung ist, um so eher ist eine positive Wirkung für die Verkehrssicherheit zu erwarten.

#### 4. Kontrolle

Es ist unverzichtbar, daß die Einhaltung der für einen sicheren Verkehrsablauf wichtigen Vorschriften und Verkehrsregeln wirksam überwacht wird. Die CDU fordert die Bundesländer auf, die Überwachung des Straßenverkehrs und die Kontrolle der Einhaltung der Verkehrssicherheitsvorschriften zu verstärken. Dazu gehören unter anderem die Kontrolle des Fahrzeugzustands, der Lenk- und Ruhezeiten der Berufskraftfahrer, der Geschwindigkeit, des Alkohol-, Drogen- und Medikamentengebrauchs, der Beladungs- und Kennzeichnungspflichten, der Gefahrgutvorschriften und der Abgasvorschriften.

#### 5. Verbesserung der Fahrzeugtechnik

Fahrzeugtechnische Vorschriften können wegen der engen Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in die Europäische Gemeinschaft nicht mehr auf rein nationaler Ebene erlassen werden. Vielmehr ist es notwendig geworden, mit den anderen EG-Mitgliedstaaten generell an einer Ver-

besserung der aktiven und passiven Sicherheit der Fahrzeuge zu arbeiten.

#### ● Passive Sicherheit

Die Fahrzeugkonstruktion soll bei einem Unfall einen sicheren Überlebensraum bilden. Dieser Nachweis läßt sich am besten über Crash-Versuche erbringen. Die CDU fordert daher alle Fahrzeughersteller auf, die Fahrzeugsicherheit mit Versuchen für Frontal- und Seitenaufprall nachzuweisen und die Ergebnisse der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

#### ● Antilockiersystem (ABS)

Einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Verkehrssicherheit kann das Antilockiersystem (ABS) leisten, mit dem das Blockieren der Räder beim Bremsvorgang verhindert wird.

Den durch die Ausrüstung mit ABS entstehenden Kosten steht ein erheblicher Sicherheitsgewinn dahingehend gegenüber, daß die Lenkbarkeit und Spurtreue ABS-gebremster Fahrzeuge und Fahrzeugkombinationen auch während extremer Bremsvorgänge sichergestellt wird.

Die CDU fordert die Automobilindustrie auf, das ABS in stärkerem Maße serienmäßig anzubieten.

#### ● Airbag

Durch den Euro-Airbag soll der auch bei angelegtem Sicherheitsgurt mögliche Aufprall insbesondere des Kopfes auf Teile des vorderen Fahrzeug-Innenraumes vermieden oder gemildert werden. Verantwortungsbewußte Autofahrer sollten beim Kauf eines Autos nicht an den Kosten für die Ausrüstung des Fahrzeugs mit Airbag für Fahrer und Beifahrer sparen.

#### 6. Internationale Zusammenarbeit

Der Europäische Binnenmarkt, die Bildung eines Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) und der Prozeß des bahnbrechenden Wandels in den Staaten Osteu-

## SPD zeigt sich unverhohlen als Steuererhöhungspartei

**Zu den Äußerungen des haushaltspolitischen Sprechers der SPD-Bundestagsfraktion, Helmut Wiczorek, eine Ergänzungsabgabe sei nicht konjunkturentscheidend, erklärte der finanzpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hansgeorg Hauser:**

Die letzte SPD-Regierung in Deutschland begnügte sich noch damit, die steuerliche Belastbarkeit der Wirtschaft zu testen. Über diese Schamgrenze ist die SPD inzwischen hinweg. Allen wissenschaftlichen Untersuchungen und Erkenntnissen zum Trotz, die SPD weiß es besser als Wissenschaft, Bundesbank und Wirtschaft: Steuererhöhungen wären keinesfalls konjunktur- oder investitionschädlich. Auch wenn die tollen Tage schon vorbei sind, derartige Erkenntnisse kann man nur als verspäteten Karnevalsscherz ansehen.

Die Begründung dieser Thesen ist verblüffend. Die bislang unbestrittene Tatsache, daß Steuererhöhungen die private Leistungsbereitschaft negativ beeinflussen, wird schlichtweg geleugnet, da „kein Chefarzt weniger operie-

ren, kein Spitzensportler weniger trainieren und kein Stardirigent weniger dirigieren würde“. Die SPD will offenbar ihren Beitrag dazu leisten, daß sich kleine Länder wie Monaco endgültig zu führenden Tennis- und Musiknationen entwickeln.

Richtig ist, daß Unternehmen investieren, wenn die Investition letztlich zur Produktion von mit Gewinn absetzbaren Gütern führt. Die deutschen Betriebe sind dabei mit ihren hohen Lohn- und Nebenkosten und ihren kurzen Arbeitszeiten im offenen Europäischen Binnenmarkt gegenüber ihren europäischen Konkurrenten, die eine wesentlich geringere Steuerbelastung zu tragen haben, im Nachteil.

Um die Wettbewerbsposition der deutschen Wirtschaft zu stärken und um Arbeitsplätze im Inland zu sichern, muß deshalb das Standortsicherungsgesetz möglichst schnell verabschiedet werden. Es wäre besser, die SPD würde hierzu ihren Beitrag leisten, anstatt mit verquerten Theorien über die Wirkung von Steuererhöhungen weitere Unsicherheit in die Öffentlichkeit zu tragen.

ropas machen Deutschland aufgrund seiner geographischen Lage zur Verkehrsdrehscheibe Nr. 1 in Europa. Die Zunahme des grenzüberschreitenden Verkehrs und des Transitverkehrs quer durch Deutschland wird erheblich zu einer Steigerung des Verkehrsaufkommens beitragen.

Dies erfordert neben den nationalen Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit auch eine wachsende

internationale Zusammenarbeit. Eine internationale Zusammenarbeit ist beispielsweise unentbehrlich im Bereich der Fahrzeugsicherheit. Weitere Beispiele sind die internationalen Gefahrgutvorschriften, die weitestgehende Vereinheitlichung der Verkehrszeichen, die europaweite Begrenzung der Lenkzeiten im Straßenverkehr und die Harmonisierung des Fahrerlaubnisrechts (Europäischer Führerschein). ■

## Europa nach Maastricht

# Die Verfassung der Politischen Union

**Die in Maastricht beschlossene Regierungskonferenz soll bis 1996 die politische Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft nach innen und außen sicherstellen. Bisher wurde durch die verschiedenen Verträge, insbesondere die Einheitliche Europäische Akte (EEA) und die Verträge von Maastricht, eine pragmatische Integrationsstrategie verfolgt, die nach dem Grundsatz arbeitet: Das Machbare ist konsequent zu machen. In diesem Prozeß hat sich seit 1982 insbesondere Bundeskanzler Helmut Kohl zur treibenden Kraft entwickelt.**

Gerade die Diskussion um die Verträge von Maastricht in allen EG-Ländern, insbesondere auch in Deutschland, zeigt, daß das politische System der europäischen Integration ein hohes Maß an Undurchschaubarkeit erreicht hat. Dies gilt nicht nur für die Bürgerinnen und Bürger, sondern auch für viele Politiker. Verschiedene umfangreiche Vertragsgrundlagen und unterschiedliche Entscheidungsprozeduren verursachen erhebliche Orientierungsschwierigkeiten.

### Das Gebot der Stunde

Auch die mangelnde Transparenz der Entscheidungsprozesse führt zur Ablehnung. Der Vertrag von Maastricht und insbesondere die Beschlüsse des Rates von Edinburgh geben die Möglichkeit, neue Wege zu gehen, die es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, getroffene

Entscheidungen besser nachzuvollziehen. Zweifellos wird auch in Zukunft die mangelnde demokratische Legitimation der EG-Entscheidungen und Gesetzgebungen nicht länger hingenommen werden. Auch wird die Regierungsfähigkeit des EG-Systems dann an seine Grenzen stoßen, wenn die Intensität innergemeinschaftlicher Konflikte zunimmt. Das Gebot der Stunde heißt: die Steigerung der Effizienz der Organe der EG. Dies gilt für Ministerrat, Kommission und Parlament gleichermaßen.

Entsprechende Regelungen werden nur im Rahmen einer europäischen Verfas-

### Von Bernhard Sälzer, stellvertretender Vorsitzender der EVP-Fraktion

sung getroffen werden können. Das Schaffen einer solchen Verfassung ist historisch gesehen ein einzigartiger Vorgang. Staaten mit verschiedener politischer Tradition, unterschiedlichem wirtschaftlichen Entwicklungsstand müssen sich ohne ein gemeinsam verbindendes Nationalgefühl und eine gemeinsame Sprache mit einer Verfassung zur Europäischen Union entwickeln.

Erkennbar bietet jedoch nur eine europäische Verfassung die richtige Antwort auf die strukturellen Mängel der europäischen Integration und auf die erkennbaren Herausforderungen für die Zukunft.

Eine europäische Verfassung kann die wesentlichen Elemente der Europäischen Union für den Bürger verständlich und nachvollziehbar machen. Sie kann die Entscheidungsverfahren mit dem Ziel größerer Effizienz und Transparenz reformieren. Und da sie den Bürger direkt anspricht, kann sie seine Identifizierung mit der Europäischen Union fördern.

Die wesentlichen Elemente einer europäischen Verfassung sind:

**1.** Das Festschreiben eines gemeinsamen Bestandes an Grundrechten. Dieser Bestand wird abgeleitet aus den entsprechenden Verfassungen der Mitgliedstaaten und der Europäischen Menschenrechtskonvention.

**2.** Die Aufgabenverteilung zwischen Europäischer Union und den Mitgliedstaaten muß eindeutig festgelegt werden. Die bisherigen Beschlüsse zum Subsidiaritätsprinzip leisten hierzu wesentliche Vorarbeit. Dabei soll die Regel gelten, daß alle Aufgaben und Kompetenzen, die nicht ausdrücklich der Europäischen Union übertragen werden, bei den Mitgliedstaaten bleiben.

**3.** Die Institutionen und Entscheidungsverfahren der Gemeinschaft müssen in der Verfassung beschrieben werden. Dabei sind das Demokratiedefizit zu beseitigen und die Parlamentarisierung der Europäischen Union festzulegen.

Das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Gemeinschaft müssen in der Verfassung beschrieben werden. Dabei ist das Demokratiedefizit zu beseitigen und die Parlamentarisierung der Europäischen Union festzulegen.

Das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Gemeinschaft müssen auf Dauer gleichberechtigt an der gesamten Gesetzgebung im Sinne eines Zweikammersystems mitwirken. Dazu ist auch

notwendig, dem Europäischen Parlament ein legislatives Initiativrecht einzuräumen und die umfassende Kontrolle der Kommission als europäischer Exekutive zu übertragen.

**4.** Zusätzliche Zuständigkeiten muß die Europäische Union für folgende Aufgaben erhalten:

- Außenpolitik
- Sicherheitspolitik
- Innere Sicherheit
- Entwicklungshilfe.

In der Verfassung der Europäischen Union müssen also die sie tragenden Ideen zum Ausdruck kommen. Dabei bedeutet die Vollendung der Politischen Union nicht die Auflösung der Nationalstaaten. Die einzelnen Mitgliedstaaten werden um des gemeinsamen Erfolges und der Handlungsfähigkeit der Europäischen Union willen Befugnisse, Aufgabenbereiche und Souveränitätsrechte endgültig übertragen müssen. Damit werden sich die europäischen Nationalstaaten wandeln.

## Handlungsfähige Gemeinschaft

Das Ziel der europäischen Verfassung läßt sich nicht mit den Begriffen des 19. Jahrhunderts fassen. Insgesamt wird die Verfassung sich in diesem Rahmen stärker an bundesstaatlichen Elementen zu orientieren haben. Wesentlich ist, daß die Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft dort sichergestellt wird, wo sie handeln muß.

### „Fundsache“

„Mit der SPD ist das wie mit einer Fußballmannschaft, die nur aus Stürmerstars besteht. Alle wollen immer nur selbst die Tore schießen.“

**Rudolf Scharping, Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz (SPD)**

# Umweltpolitik in Europa

**Der Bundesfachausschuß Europapolitik der CDU unter dem Vorsitz von Bernhard Sälzer hat auf seiner letzten Sitzung in Abstimmung mit dem Vorsitzenden des CDU-Bundesfachausschusses Umweltpolitik, Karl-Dieter Grill, folgenden Beschluß gefaßt:**

**I.** Die weltweit zunehmende Umweltzerstörung ist besorgniserregend. Zu unterstützen ist ein Konzept nachhaltigen Wachstums, das seine eigenen Grundlagen und Ressourcen nicht aufzehrt. Umweltpolitik muß sich auf die Ursachen der Umweltprobleme und nicht nur auf deren Symptome konzentrieren. Auch die europäische Umweltdiskussion tritt mit dem Sichtbarwerden der ökologischen Effekte des Binnenmarktes in eine neue Phase. Die Verschmutzung von Luft, Wasser und Boden hat inzwischen Dimensionen erreicht, die sich auch auf andere Funktionsbereiche der Europäischen Gemeinschaft auswirken.

So wie in den 80er Jahren die wichtigste Herausforderung für die Europäische Gemeinschaft die Vollendung des Binnenmarktes war, besteht die Herausforderung der 90er Jahre darin, eine dauerhafte und umweltgerechte Entwicklung zu ermöglichen. Als größter Wirtschafts- und Handelspartner muß die Gemeinschaft ihr Wachstum umweltgerecht gestalten und ihre Verantwortung sowohl für die heutigen als auch für die künftigen Generationen wahrnehmen.

Analysiert man die Umweltsituation in Europa, so zeigen sich beunruhigende Tendenzen in den unterschiedlichsten Bereichen:

- Bis zum Jahr 2010 wird der Energieverbrauch um 25 Prozent zunehmen mit der Folge einer 20prozentigen Zunahme der CO<sub>2</sub>-Emission der EG gegenüber 1987, wenn sich die derzeitige Zuwachsrate der Energienachfrage nicht ändert.
- Im Verkehrsbereich ist eine 25prozentige Zunahme an Kraftfahrzeugbesitzern und eine 17prozentige Steigerung der gefahrenen Kilometer bis 2000 gegenüber 1990 zu erwarten.
- Der Düngemittleinsatz ist im Zeitraum von 1970 bis 1988 um 63 Prozent gestiegen.
- Die Siedlungsabfälle haben in den letzten fünf Jahren trotz zunehmendem Recycling von Glas, Papier und Kunst-

**Die europäische Wirtschaftsgemeinschaft muß zu einer Umweltgemeinschaft werden.**

- stoffen um 13 Prozent zugenommen.
- Die durchschnittliche Wasserentnahmemenge ist in den Jahren 1970 bis 1985 um 35 Prozent gestiegen.
  - Im laufenden Jahrzehnt ist eine Steigerung des Tourismus im Mittelmeerraum um 60 Prozent zu erwarten.
- II.** Gemeinschaftsrecht und Gemeinschaftspolitik müssen umweltverträglich sein, denn in Artikel 130 EWG-Vertrag heißt es: „Die Erfordernisse des Umweltschutzes sind Bestandteil der anderen Politiken der Gemeinschaft.“ Die fortschreitende Schädigung der Umwelt geht auch auf die Nichtbeachtung dieser wichtigen Vorschrift zurück. Auf der Grund-

lage marktwirtschaftlicher Strukturen müssen die europäischen Volkswirtschaften leistungsfähig und ökologisch verträglich gestaltet werden.

Die natürlichen Lebensgrundlagen in Europa und weltweit sind zu schonen und zu bewahren. Das verlangt von uns, daß wir die Wirtschaftspolitik in der Europäischen Gemeinschaft um eine ökologische Komponente erweitern. Im Rahmen einer ökologischen und sozialen Marktwirtschaft muß es gelingen, die Dynamik eines „beständigen, nichtinflationären und umweltverträglichen Wachstums“ zum Leitgedanken in Europa zu machen. Das erfordert ökologisch ehrliche Preise, in denen die Kosten der Inanspruchnahme unserer Umwelt enthalten sind.

Die marktwirtschaftliche Dimension einer dauerhaften und umweltgerechten Entwicklung wollen wir durch verstärkte ökologische Ordnungsprinzipien im Steuerrecht sowie bei Umweltabgaben stärken. Die europäische Wirtschaftsgemeinschaft muß zu einer Umweltgemeinschaft werden. Dies bedeutet aber auch, daß im Rahmen der gemeinschaftlichen Umweltpolitik dann nach dem Prinzip der Subsidiarität verfahren wird, wenn dies praktische Vorteile verspricht. Andererseits darf die Berufung auf (nationale) Subsidiarität nicht zu einem Stillstand dynamischer Umweltpolitik in der Gemeinschaft führen. So darf etwa eine zweckmäßige Zusammenarbeit grenznaher Regionen in der Müllentsorgung nicht von Staatsgrenzen beeinträchtigt werden. Umweltprobleme machen nicht vor Grenzen Halt.

### III. Forderungen

Unter diesen Gesichtspunkten gelten nachstehende Forderungen:

- Einbeziehung der externen Umweltkosten und Einsatz ökonomischer Instrumente

- Einführung einer gemeinschaftlichen Kohlendioxid- und Energiesteuer
- Ausweitung der Richtlinie über die Umweltverträglichkeitsprüfung auf alle Pläne und Aktionsprogramme in allen politischen Bereichen
- Aufnahme des Begriffs der „nachhaltigen Entwicklung“ als Ziel in die Regelung der Gemeinschaftsfonds (insbesondere des Struktur- und des Kohäsionsfonds)
- Steuervorteile und -anreize für Unternehmen, die umweltfreundliche Praktiken anwenden und sich Umweltprüfungen unterziehen
- Verschärfung der vorgeschlagenen Abfallverbringungs-Verordnung (Anwendung der Grundsätze der Entsorgungsaufartik und der Entsorgungsnähe unabhängig von nationalen Grenzen, Verbot der Ausfuhr gefährlicher Abfälle aus der EG mit Ausnahme der OECD-Staaten)
- Verschärfung der vorgeschlagenen Verpackungs-Richtlinie (Priorität für die Abfallvermeidung, Sicherung des in fortschrittlichen Mitgliedsstaaten erreichten Standes)
- EG-Richtlinie über die allgemeine Haftung für Umweltschäden
- Aufstellung eines strengen Zeitplanes mit Zielsetzungen für die Verringerung aller Gasemissionen, die zum Treibhaus-effekt beitragen
- Gemeinschaftsmaßnahmen zum Schutz und zur Sanierung der Küstengebiete sowie zur Erhaltung der Küstenstreifen
- Förderung des öffentlichen Verkehrs, Vorrang des Schienenverkehrs und der Binnenschifffahrt vor dem Straßenverkehr
- Anerkennung des Umweltschutzes als ein Ziel der gemeinsamen Agrarpolitik, Förderung umweltfreundlicher landwirtschaftlicher Praktiken
- Aufnahme eines Umweltkodex in alle internationalen Handelsabkommen. ■

# 11 000 demonstrierten für Frieden in Bosnien-Herzegowina und Kroatien

**Der 13. Februar ist ein besonderer Tag für die Dresdener, denn am 13.**

**Februar 1945 ist die Stadt durch einen dreifachen Bombenangriff der Alliierten beinahe völlig zerstört worden. Die Spuren davon sind heute noch sichtbar.**

Ab 21.40 Uhr erinnert das Glockengeläut aller Dresdner Kirchen an den Beginn der Bombenangriffe. Die Teilnehmer des Gedenkgottesdienstes gehen während des Glockengeläutes zur Ruine der Frauenkirche und stellen ihre Lichter auf den Trümmern und Mauerresten ab.

Auch dieses Jahr sollte diese traditionelle Gedenkveranstaltung stattfinden. Der CDU-Landesverband Sachsen hat jedoch die Initiative ergriffen mit dem Ziel, die Gedenkveranstaltung zu einer großen Lichterdemonstration zu erweitern und zur „Solidarität mit Sarajevo“ aufzuzufeuern.

Der Völkermord, der in Bosnien-Herzegowina und Kroatien, mitten in Europa und nur wenige hundert Kilometer von uns entfernt, stattfindet, ist in seinen Ausmaßen mit den Verhältnissen von 1945 vergleichbar.

„Eine Stadt wie Dresden, die vom Inferno des Zweiten Weltkrieges noch heute gezeichnet ist, kann nicht tatenlos zusehen“, hieß es im Aufruf, dem sich im Laufe der Zeit unter anderem der DGB-Landesbezirk Sachsen, Landtagspräsident Erich Iltgen, der Oberbürgermeister der Stadt Dresden, Herbert Wagner, und andere Organisationen und Vereine angeschlossen haben.

Gemeinsam wurde nun von den Vereinten Nationen, der Europäischen Gemeinschaft und der Bundesrepublik Deutsch-

land gefordert, dem Völkermord in Bosnien-Herzegowina und Kroatien einen Schluß zu setzen.

Am Abend des 13. Februar hat der CDU-Bundestagsabgeordnete Stefan Schwarz auf Einladung der Jungen Union in einer öffentlichen Diskussion auf die Greuelthaten im ehemaligen Jugoslawien aufmerksam gemacht. Das Vorstandsmitglied der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), Michael Wichmann, berichtete von der Situation der vergewaltigten Frauen und präsentierte

**13. Februar 1993 — Dresden setzte ein Zeichen der Solidarität mit der Zivilbevölkerung Bosnien-Herzegowinas und Kroatiens.**

eine neue Dokumentation darüber, die in Frankfurt bei der IGFM erhältlich ist.

Anlässlich dieses Aufrufes unterstützt der CDU-Landesverband eine Spendenaktion der IGFM zugunsten der vergewaltigten Frauen in Bosnien und Kroatien:

**IGFM Kto. 82-606, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60.**

Auch die Kollekte während des Gedenkgottesdienstes wurde für diesen Zweck gesammelt. Knapp 10 000 DM sind an diesem Tag dafür gesammelt worden.

Nach Einschätzung der Polizei kamen ca. 11 000 Menschen mit Lichtern am späten Abend trotz schlechter Witterungsverhältnisse zur Ruine der Frauenkirche. Das waren doppelt so viele wie im vergangenen Jahr. ■

## Generalsekretär Peter Hintze verabschiedet Karl Schumacher

Generalsekretär Peter Hintze hat am 25. Februar im Rahmen eines Empfangs im Konrad-Adenauer-Haus den langjährigen Organisationschef der CDU Deutschlands, Karl Schumacher, in den Ruhestand verabschiedet.

Hintze überbrachte den Dank des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, und würdigte die großen Verdienste Schumachers, der 1962 hauptamtlicher Mitarbeiter der CDU geworden war. Unter seiner Mitverantwortung wurde das Konrad-Adenauer-Haus zu einer schlagkräftigen

und effizienten Parteizentrale ausgebaut. Karl Schumacher leitete seit 1982 die Hauptabteilung „Organisation“ und war verantwortlich für die Durchführung von 11 Bundesparteitage, drei Bundestagswahlkämpfen und des Volkskammerwahlkampfes. Insgesamt wurden unter seiner Führung 355 Großveranstaltungen organisiert, davon allein 150 mit dem Parteivorsitzenden.

Neuer Leiter der Hauptabteilung Organisation im Konrad-Adenauer-Haus ist **Friedrich Claudius Schlumberger**, bisher Generalsekretär der CDU Thüringen.

### Aus der Bildungsarbeit der KAS

In Schloß Wendgräben selbst, dem zweiten Bildungszentrum der Konrad-Adenauer-Stiftung, können wegen der dort noch auszuführenden Um- und Ausbaurbeiten noch keine Veranstaltungen durchgeführt werden. An Bildungsangeboten der KAS in Sachsen-Anhalt ist aber dennoch kein Mangel. Vorgesehen sind z. B.:

● Innerdeutsche Dialog-Foren (sie finden in Magdeburg statt):

▶ 23. bis 24. April 1993

Städte, Kreise, Gemeinden und die Europäische Union — Zu den Auswirkungen der Verträge von Maastricht auf die Kommunen

▶ 18. bis 19. Juni 1993

Herausforderung Rechtsextremismus — Das Gewaltmonopol des Staates und die „wehrhafte Demokratie“

● Sonstige Veranstaltungen:

▶ 8. bis 11. Juli 1993

Europapolitische Fachtagung für deutsche und britische Frauen (Tagungsort: voraussichtlich Burg)

▶ 3. bis 4. September 1993

Frauen und Mandat — Wege der Frauen in die Politik; Argumentationstraining für Frauen (Tagungsort: voraussichtlich Magdeburg)

● Die Ausstellung „Leben in Entwicklungsländern“ wird in Burg (3. bis 29. Mai 1993) und in Querfurt (29. Mai bis 30. Juni 1993) zu sehen sein.

**Weitere Informationen/Anmeldungen: Konrad-Adenauer-Stiftung, Bildungszentrum Schloß Wendgräben, O-3401 Isterbies.**

Im Gespräch:  
**Ein neues  
 Grundsatz-  
 programm**

Einladung zur  
 Diskussion mit  
 Generalsekretär  
 Peter Hintze,  
 Freitag, 17.03.93,  
 20 Uhr, Bonn,  
 Beethovenhalle

**CDU**

Im Gespräch:  
**Ein neues  
 Grundsatz-  
 programm**

Einladung zur  
 Diskussion mit  
 Generalsekretär  
 Peter Hintze,  
 Freitag, 17.03.93,  
 20 Uhr, Bonn,  
 Beethovenhalle.  
 Weitere Gäste:  
 Bundesministerin  
 Angela Merkel,  
 Bundesminister  
 Norbert Blüm.  
 Einlaß ab 19 Uhr.

**CDU**

**Vorschläge für den Aufbau . . .**

. . . von Ankündigungsplakaten (DIN A1), Handzetteln (DIN A4) und einspaltigen (ein- oder zweifarbigem) Zeitungsanzeigen:

Die Plakate und Handzettel bzw. Flugblätter können Sie in unserem Versandzentrum bestellen (siehe Seite 35). Die reprofertigen Druckvorlagen für Zeitungsanzeigen sind als Grundausrüstung bereits an die Kreisverbände verschickt worden.

Bereits auf dem Rahmenplakat vorgedruckte Elemente

Im Gespräch:  
 Ein neues  
 Grundsatzprogramm

Einladung zur Diskussion mit  
 Generalsekretär **Peter Hintze**  
**Sonntag, 17.03.93, 20 Uhr,**  
**Bonn, Beethovenhalle**

**CDU**

# Grundsatzprogramm als Zeitungsdruck

Den Diskussionsentwurf des neuen Grundsatzprogramms gibt es ab sofort auch als Zeitungsdruck. Den Kreisverbänden, denen die Mindestbestellmenge von 1000 Exemplaren zu hoch war, können wir jetzt auch kleinere Mengen über das Versandzentrum in Versmold anbieten:

**Bestell-Nr.: 2573**  
**Verpackungseinheit: 100 Exemplare**  
**Preis je Einheit: 25 DM.**

Weitere Bestellungen im Zusammenhang mit der Grundsatzprogrammdiskussion:

● Broschüre „Entwurf Grundsatzprogramm“ (siehe Rückseite)

● Leitfaden zur Grundsatzprogrammdiskussion (Materialien 1)

**Bestell-Nr.: 3570**  
**Verpackungseinheit: 10 Exemplare**  
**Preis je Einheit: 13 DM.**

● Rahmenflugblatt DIN A4  
**Bestell-Nr.: 1582**  
**Verpackungseinheit: 500 Exemplare**  
**Preis je Einheit: 19 DM.**

● Rahmenplakat DIN A1  
**Bestell-Nr.: 8481**  
**Verpackungseinheit: 50 Exemplare**  
**Preis je Einheit: 29 DM.**



## Im Gespräch: Ein neues Grundsatzprogramm

Diskussionsentwurf

1. Unsere Welt befindet sich in einem tiefgreifenden Umbruch. Mit dem Zusammenbruch des Sozialismus und dem Ende der Spaltung Europas sind wir in eine neue Epoche der Geschichte eingetreten. Für mehr Menschen als je zuvor sind Freiheit und Frieden, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie möglich. Wir sind auf dem Weg zur Verlebung der europäischen Einheit und zum Aufbau einer Freierenordnung für ganz Europa.

(2) Wir Deutschen sind dankbar und stolz, nach der Wiedervereinigung Deutschlands unsere Zukunft in Freiheit gemeinsam gestalten zu können. Wir dürfen gleichzeitig unsere Augen nicht vor den Problemen verschließen, die ein friedliches und humanes Zusammenleben der Menschen auf der Erde gefährden. Wir Christliche Demokraten stellen uns den drängenden Fragen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert.

(3) ● Werden wir die inneren Einheit unseres Vaterlandes in Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit wachsend und zur Erneuerung unserer Gesellschaft nutzen, oder werden Interessen gegen Interessen stehen und das Zusammenwachsen Deutschlands behindern?  
 (4) ● Werden wir das Gemeinwohl und die Wertgrundlagen unserer Demokratie stärken, oder werden Verantwortung und Gerechtigkeit in der Vergangenheit ergraben?

(5) ● Werden wir die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft und unseres Sozialstaats bewahren und fördern, oder werden Besorgnis und Verzweiflung an unserer Handlung bestimmen?  
 (6) ● Werden wir gemeinsam mit unseren Nachbarn und Partnern die Europäische Union wachsend und dazu beitragen, daß sie ganz Europa Frieden und Freiheit herrschen, oder werden neue Nationalismen die



„Wir wissen, daß das Paradies auf Erden nicht geschaffen werden kann. Dennoch sind wir aufgerufen, unermüdet daran mitzuarbeiten, daß die Welt von morgen eine gerechtere und menschlichere wird.“

## Deutschland an der Schwelle zum 21. Jahrhundert

Verwirklichung dieses großen Zieles versuchen?

(7) ● Werden wir unsere Beitrag leisten, die Kluft zwischen Arm und Reich in der Welt abzubauen und Frieden, Demokratie und Gerechtigkeit in der Welt zu fördern, oder werden sich die reichen Staaten hinter nationalen Aufgaben und Problemen verschließen?  
 (8) ● Werden wir unsere Haltung auf die Bewahrung der Schöpfungsgüter und die notwendigen

Wochenstunden dafür vornehmen, oder wird der Ausgleich zwischen Mensch und Natur scheitern?  
 (9) ● Werden die Herausforderungen unserer Zeit bestehen. Wie kann andere Parteipolitik die CDU Deutschlands die Entwicklung unserer Demokratie und unsere historischen Stütze geprägt. Unsere Erfahrung ist das Kapital, das wir in die Gestaltung unserer gemeinsamen Zukunft einbringen.  
 (10) ● Wie wollen unsere Gesell-

schaft erneuern. Wir wollen die Werte in unserer Gesellschaft stärken, die Familie als Kernzelle unserer Gemeinwesen unterstützen und die Verantwortungsbereitschaften erwecken und in der Gesellschaft fördern. Ausgehend vom christlichen Verständnis vom Menschen treten wir mit Ehrlichkeit und Beantwortung für eine Politik der Freiheit, der Solidarität und Gerechtigkeit ein.  
 (11) ● Wir Christliche Demokraten

arbeiten für eine freie und verantwortliche Gesellschaft in ganz Deutschland. Sie beruht auf der Anerkennung des gleichen Werts und Freiheits jedes einzelnen. Sie ist angelehnt von Pflicht und Verantwortung von der Bereitschaft zu Solidarität und Kompromiß, von Solidarität und Gerechtigkeit. Wir sind davon überzeugt, daß es sich lohnt, gemeinsam für eine freie und verantwortliche Gesellschaft in einer humaneren und gerechteren Welt zu arbeiten.

### Kapitel I Wir Christliche Demokraten

1. Wer wir sind  
 (12) Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist eine Volkspartei. Sie versteht sich als die Menschen in allen Schichten und allen Gruppen unseres Landes. Unsere Politik beruht auf dem christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott.  
 (13) Das christliche Verständnis vom Menschen ist die rechtliche Grundlage für unser politisches Handeln. Die Unantastbarkeit der menschlichen Würde zu wahren und dem Gebot der Nächstenliebe

politisch gerecht zu werden, entspricht unserem Anspruch als christlich-demokratischer Volkspartei.  
 (14) Wir betrachten den Menschen als Geschöpf Gottes und nicht als das Maß aller Dinge. Wir wissen um die Feibbarkeit des Menschen und die Grenzen menschlichen Handelns. Gleichwohl sind wir davon überzeugt, daß der Mensch zur ethisch verantwortlichen Gestaltung der Welt befähigt und berufen ist.  
 (15) Wir wissen, daß sich aus christlichem Glauben kein bestimm-



### Helmut Kohl: Diskutieren Sie mit

Mit einem neuen, christlich-demokratischen Grundsatzprogramm einer politischen Partei im wiedervereinigten Deutschland will die Christlich Demokratische Union  
 Antworten geben auf die neuen Fragen, die sich am Ausgang des 20. Jahrhunderts stellen. Dazu gehören vor allem die Herstellung der inneren Einheit unseres Vaterlandes, die Schöpfung und Stärkung unserer internationalen Wettbewerbsfähigkeit und die Wahrnehmung unserer gemeinsamen Verantwortung in der Welt. Wir befinden uns national und international

in einer Umbruchzeit. Wir wollen die damit verbundenen Chancen nutzen und Perspektiven einer wertorientierten Politik aufzeigen. Dabei können wir auf dem bewährten Fundament christlich-demokratischer Grundwerte und Überzeugungen aufbauen.  
 Von der Diskussion des Entwurfs verspreche ich mir insbesondere, daß die CDU ihren Standort und die Erfahrung der CDU in ihren eigenen Verfassungen nutzen.  
 Zu dieser breiten Diskussion innerhalb unserer Partei, aber auch unserer Gesellschaft über die Wechselwirkungen deutscher Politik, siehe sich Sie sehr herzlich ein.

...

Bestellungen an:  
**IS Versandzentrum**  
**Postfach 1328**  
**4804 Versmold**  
**per Fax: (054 23) 4 15 21**

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
5300 BONN 1

**1993** soll zu einer intensiven Diskussion des Entwurfs eines neuen Grundsatzprogramms genutzt werden, an dem sich nicht nur Parteimitglieder, sondern auch möglichst alle gesellschaftlichen Gruppen beteiligen. Für die Diskussionen sind zwei Phasen geplant: Bis zum 15. September soll der Parteigrenzen überschreitende Dialog geführt werden und Anfang November der Antrag des Bundesvorstandes vorliegen, der dann auf dem 5. Parteitag der CDU vom 20. bis 24. Februar 1994 in Hamburg abschließend beraten und verabschiedet wird.

Die Preise verstehen sich zuzügl. MWSt.  
inkl. Versand.

## Im Gespräch: Ein neues Grundsatzprogramm

Diskussionsentwurf

**CDU**

**Bestell-Nr.: 3569**  
**Verpackungseinheit: 10 Stück**  
**Preis pro Einheit: 19,50 DM**

# UID

7/1993

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.  
**Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje, Bernd Profitlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 10050). **Abonnementspreis** jährlich 52,— DM. **Einzelpreis** 1,50 DM. **Herstellung:**  Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.